

**Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I
Institut für Geschichtswissenschaften
Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts**

„Steine sind doch keine Argumente!“ - Proteste gegen Stadterneuerung in Berlin-Kreuzberg 1980-82

Master Thesis zur Erlangung des Grades Master of Arts (M.A.)

Betreuer: Prof. Dr. Thomas Mergel

Autor:
Andreas Greger

Adresse:
Knorrpromenade 3, 10245 Berlin

E-Mail:
andreas.greger@gmail.com

Matrikelnummer:
166256

Studiengang:
Geschichtswissenschaften (Master of Arts)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Wohnungsbau- und Sanierungspolitik West-Berlins und deren Effekte in Kreuzberg	4
	2.1 Vom Wiederaufbau zur Flächensanierung	4
	2.2 Die Folgen der Flächensanierung in Kreuzberg	6
	2.3 Von der Flächensanierung zur Stadterneuerung	7
	2.4 Die Entstehung der unabhängigen Betroffenenbeteiligung	8
	2.5 Neues Selbstverständnis durch Instandbesetzungen	11
3	Der 12. Dezember 1980 als Ausgangspunkt der Radikalisierung des Protestes	14
	3.1 Vorboten eines gewalttätigen Konfliktes	14
	3.2 Die Eskalation der Gewalt durch Verhinderung einer Besetzung	18
	3.3 Reaktionen des Senats und der Hausbesetzer-Szene	20
	3.4 Der Aufschwung der Hausbesetzer-Bewegung	23
	3.5 Konzepte des neuen SPD-Senats zur Mäßigung des Protestes	24
4	Die Bewegung zwischen Offensive und Defensive	29
	4.1 Die Grenzen des Wachstums und die Verhältnismäßigkeit der Mittel	30
	4.2 Neue Voraussetzungen nach den Wahlen	33
5	Der 22. September 1981 als Anlass zur Entschärfung des Konfliktes	36
	5.1 Ankündigung von Massenräumungen und die Antwort der Szene	36
	5.2 Die Ereignisse des 22. September 1981 und deren politischer Nachhall	40
	5.3 Initiative in Kreuzberg für einen direkten Dialog mit der Besetzerbewegung	45
	5.4 Entspannung und Fortschritte	48
6	Integration des Protestes	52
	6.1 Legalisierung der besetzten Häuser	53
	6.2 Wohnungs- und sozialpolitische Effekte des Protestes in Kreuzberg	55
7	Fazit	58
	Abkürzungsverzeichnis	61
	Anhang	62
	Anhang A: Klaus Stuttmann: „Steine sind doch keine Argumente!“	62
	Anhang B: Wahlergebnisse West-Berlins und Kreuzbergs 1971-1981	63
	Anhang C: Plakattext zur Einrichtung des Sonderausschusses der BVV-Kreuzberg	64
	Anhang D: Die zwölf Grundsätze der behutsamen Stadterneuerung	66
	Quellen- und Literaturverzeichnis	67

1 Einleitung

Am 12. Februar 1981 erschien in der links orientierten Tageszeitung „Die Neue“ eine Karikatur Klaus Stuttmanns, deren Worte dieser Arbeit ihren Titel verleihen¹. Sie stellte eine zum Jahreswechsel hervorgetretene innenpolitische Problemlage West-Berlins mitsamt ihren Ursachen pointiert dar. Instandbesetzungen, ergo die Besetzung und Instandsetzung leerstehender Wohnungen und Häuser, hatten sich bereits seit zwei Jahren insbesondere in den Sanierungsgebieten Kreuzbergs zu einer Protestform gegen die vornehmlich dort offensichtlichen Fehlplanungen des Senats in der Wohnungsbau- und Sanierungspolitik entwickelt. Sie wurden bis dato in der West-Berliner Presse, aber auch der Politik lediglich als Randerscheinung klassifiziert. Zu einem unumgänglichen Politikum entwickelten sie sich nach dem 12. Dezember 1980, der fortan als Ursprung der Hausbesetzer-Bewegung bezeichnet wurde. An diesem Tag verhinderte die Polizei in Kreuzberg eine Neubesetzung, wonach es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Hausbesetzern kam. Im Anschluss fanden sowohl die Krawalle als auch deren Ursachen nicht nur in der West-Berliner, sondern auch in der bundesweiten Presse Beachtung².

Trotz der Debatten um die Kanalisierung dieses nunmehr radikalisierten Protestes bestimmten weitere Gewaltakte große Teile des politischen Tagesgeschehens West-Berlins im Jahre 1981. Am 22. September 1981 erreichten die Auseinandersetzungen eine neue Dimension, nachdem ein 18-Jähriger tödlich verunglückte, während er an einer Demonstration teilnahm, die sich an eine Hausräumung anschloss. Dieses Datum gilt als Anfang des Abschwungs der Bewegung. Es machte jedoch angesichts der regelmäßig präsenten Bilder brennender Barrikaden und zertrümmerter Schaufenster die Notwendigkeit für politische Lösungen des Konfliktes virulent, bevor sich die Steine durch weitere derartige Ereignisse zum einzigen Argument hätten entwickeln können.

Die sich an den Konflikt anschließende Forschung näherte sich ihm einerseits mit politikwissenschaftlichen³, andererseits mit interdisziplinären Ansätzen für

- 1 Vgl. STUTTMANN, KLAUS: „Steine sind doch keine Argumente!“, in: Die Neue, 12.02.1981, Seite 1. Die Karikatur ist im Anhang A abgebildet.
- 2 Vgl. Blutige Straßenschlachten in Berlin, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.1980, Seite 5. / Vgl. Plünderungen in Berlin, in: Die Welt, 15.12.1980, Seite 1.
- 3 Vgl. MULHAK, RENATE: Der Instandbesetzungskonflikt in Berlin, in: GROTTIAN, PETER / NELLES,

einen internationalen Vergleich städtischer Oppositionen⁴. Einzeluntersuchungen eröffneten einen Blick auf interne Entscheidungsprozesse – sowohl innerhalb der Szene selbst⁵, als auch beim West-Berliner Senat⁶. Spätere Veröffentlichungen betteten den Konflikt in eine Historiographie Kreuzbergs ein⁷. Ebenfalls vorhanden ist die autobiographische Perspektive⁸, die in dieser Arbeit lediglich als Anreiz zur Vertiefung von Details erwähnt wird. Der aktuellste Forschungsbeitrag stammt aus der geschichts- und kulturwissenschaftlichen Disziplin: Er nimmt eine strukturelle Analyse der staatlichen und subkulturellen Verfahrensweisen im Vergleich dreier Städte vor, rezitiert für den diese Arbeit betreffenden Zeitraum jedoch weitestgehend frühere Arbeiten⁹.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen die beiden eingangs erwähnten, für die Hausbesetzerbewegung prägenden Ereignisse. Mit Konzentration auf das Wechselverhältnis zwischen Szene und Senat sollen diese Begebenheiten dazu dienen, die Dynamik des Protestes gegen die Stadterneuerung zu verdeutlichen und die sich daran anschließenden Debatten zu beleuchten. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, wie diese Ereignisse zur weiteren Mobilisierung des Protestes, zur Radikalisierung bzw. Entspannung des Konfliktes und schließlich zu neuen Formen der Sanierungspolitik beitrugen. Der Untersuchungsbereich wird auf Kreuzberg beschränkt, um dessen Besonderheiten hinsichtlich der baulichen sowie sozialen Situation und der Bereitschaft zu progressiven politischen Lösungen zu berücksichtigen.

Einleitend werden, ausgehend von der Nachkriegszeit, die Grundzüge der West-Berliner Stadterneuerungspolitik und deren Effekte auf Bewohner und Erscheinungsbild Kreuzbergs skizziert. Darin inbegriffen ist die Entstehung der

WILFRIED (HRSG.): Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel 1983, Seite 205-252 (Im Folgenden: MULHAK, 1983).

- 4 Vgl. BODENSCHATZ, HARALD / HEISE, VOLKER / KORFMACHER, JOCHEN: Schluss mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin, Amsterdam und London, Gießen 1983 (Im Folgenden: BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983).
- 5 Vgl. LAURISCH, BERND: Kein Abriss unter dieser Nummer. Zwei Jahre Instandbesetzung in der Cuvrystraße in Berlin-Kreuzberg, Gießen 1981 (Im Folgenden: LAURISCH, 1981).
- 6 Vgl. SONNEWALD, BERND / RAABE-ZIMMERMANN, JÜRGEN: Die „Berliner Linie“ und die Hausbesetzer-Szene, Berlin 1983 (Im Folgenden: SONNEWALD / RAABE-ZIMMERMANN, 1983).
- 7 Vgl. FREYER, RENATE / THÖRNIG, RAIMUND (BEARB.): ... außer man tut es! Kreuzberg, abgeschrieben, aufgestanden, Berlin 1990 (Im Folgenden: FREYER / THÖRNIG, 1990). / Vgl. DÜSPOHL, MARTIN: Kleine Kreuzberggeschichte, Berlin 2009 (Im Folgenden: DÜSPOHL, 2009).
- 8 Vgl. WARTENBERG, JOHANN-CHRISTOPH: Kreuzberg K36. Leben in (der) Bewegung, Berlin 2003 (Im Folgenden: WARTENBERGJ, 2003).
- 9 Vgl. SUTTNER, ANDREAS: „Beton brennt“. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er, Wien / Berlin / Münster, 2011 (Im Folgenden: SUTTNER, 2011).

vom Senat unabhängigen Betroffenenvertretungen mit Mieter- und Bürgerinitiativen sowie des konkretisierten Protestes, der in die Instandbesetzungen mündete. Im anschließenden Kapitel werden die Ereignisse des 12. Dezember 1980 thematisiert – untergliedert in deren Vorgeschichte und das Ereignis selbst, dessen Rückwirkungen auf den Senat und die Szene den Abschnitt beschließen. Die Betrachtung des zwischen Februar und Juli 1981 liegenden Zeitraumes bildet den nächsten Abschnitt, um die durch den Machtwechsel im Senat verursachten Änderungen der politischen Prämissen sowohl bei den Hausbesetzern als auch im Senat aufzuzeigen. Damit wird die Verbindung zu dem Kapitel hergestellt, das sich den Folgen des 22. September 1981 widmet. Es gliedert sich in die Vorgeschichte, die Schilderung der Ereignisse des 22. September 1981 sowie die unmittelbaren Reaktionen der Szene, des Senats und weiterer gesellschaftlicher Kreise. Die zuvor auf West-Berlin ausgedehnte Perspektive wird im weiteren Verlauf des Kapitels wieder auf Kreuzberg konzentriert, um die Initiativen der politischen Entscheidungsträger des Bezirks zur Lösung des gewalttätigen Konfliktes sowie deren Folgen darzulegen. Als Abschlusskapitel vor der Schlussbetrachtung sollen die Konsequenzen des Protestes beleuchtet werden – zum einen für die besetzten Häuser, zum anderen für die Formen der Sanierungspolitik.

Die Auswahl der Quellen ist durch den Wechsel der Perspektiven bedingt: In Plenarprotokollen und weiteren parlamentarischen Veröffentlichungen sowie in Artikeln der etablierten Tageszeitungen wie dem „Tagesspiegel“ oder der „Berliner Morgenpost“ lassen sich die Reaktionen und Debatten des Senats sowie des Bezirks Kreuzberg nachvollziehen. Eine tiefergehende Berücksichtigung der Boulevard-Presse entfällt, da die mediale Polarisierung lediglich am Rande und vielmehr die inhaltlichen Veränderungen in Bezug auf den politischen Umgang mit dem Protest betrachtet werden sollen. In der Phase der Formierung des Protestes in Kreuzberg wird auf den „Südost-Express“ als Stadtteilzeitschrift für Sanierungsbetroffene zurückgegriffen. Für die Mobilisierungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der Hausbesetzer-Szene erweisen sich deren Flugblätter und die linksalternative „Tageszeitung“, die sich einerseits als Berichterstatter und andererseits als Einflussnehmer auf die Szene verstand, als entscheidend.

2 Wohnungsbau- und Sanierungspolitik West-Berlins und deren Effekte in Kreuzberg

2.1 Vom Wiederaufbau zur Flächensanierung

Eine bereits in Fachzeitschriften der Weimarer Republik zugespitzte Kritik an den von Arbeitern bewohnten Mietskasernenvierteln prägte bereits die Phase des Wiederaufbaus nach der administrativen Spaltung der Stadt im Jahre 1948¹⁰. Danach sollte das Leitbild der „*gelockerten Anordnung*“¹¹ zur Änderung des Charakters West-Berlins zu einem „*Schaufenster des Westens*“¹² im Kalten Krieg angewandt werden. Die funktionale Entmischung der verschiedenen Lebensbereiche fand Einzug in die 1954 im Hinblick auf ein wiedervereinigtes Berlin entwickelte Straßenplanung. Sie sah für die Peripherie vier in einen Innenstadtring mündende Autobahnzubringer vor, ohne dabei die gewachsene Struktur der Stadt zu berücksichtigen¹³.

Der Mauerbau am 13. August 1961 leitete durch Schlagworte wie „*Urbanität*“¹⁴ und „*Verdichtung*“¹⁵ die zweite Phase der Stadterweiterung ein. Mit dem 1963 vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt verkündeten Ersten Stadterneuerungsprogramm (1. SP) sollte eine qualitative Verbesserung des Wohnens erreicht werden. Es deklarierte insgesamt sechs innerstädtische Altbaugelände zu Sanierungsgebieten¹⁶ – dies betraf im Südosten Kreuzbergs die Gegend um das Kottbusser Tor, wohingegen Erneuerungen in der Umgebung des Görlitzer Bahnhofs zurückgestellt wurden¹⁷. Durch Flächensanierung, ergo: Abriss und Neubau, sollte die zu hohe Ausnutzung der baulichen Auslastung beseitigt und

10 Vgl. BODENSCHATZ, HARALD / CLAUSSEN, HANS: Zum Teufel mit der Mietskasernenstadt?, in: SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN (HRSG.): Idee, Prozess, Ergebnis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Berlin 1984 (Im Folgenden: SENBAUWOHN, 1984), Seite 61-69 (Im Folgenden: BODENSCHATZ / CLAUSSEN, 1984), hier: Seite 61.

11 BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 24.

12 BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 23.

13 Vgl. BODENSCHATZ, HARALD: Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskasernenstadt der Welt“ seit 1871, Berlin 1987 (Im Folgenden: BODENSCHATZ, 1987), Seite 152ff.

14 BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 28.

15 Ebd.

16 In den Bezirken Kreuzberg, Tiergarten, Wedding, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln. Vgl. SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: Stadterneuerung in Berlin. Erster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Berlin 1964, Seite 3.

17 Vgl. FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 22.

die als störend empfundenen Mischnutzungen in den Mietskasernen durch angemessene Gemeinschafts- und Folgeeinrichtungen ersetzt werden¹⁸. Dem untergeordnet blieb der Teilabriss mit anschließender Komplettierung oder Modernisierung der verbleibenden Bausubstanz (Entkernung). Prototypen dieses neuen Leitbildes entstanden mit den Großsiedlungen der Außenbezirke (Märkisches Viertel, Gropiusstadt). Diese sollten als Vorbild für Neubauten in der Innenstadt dienen, wohingegen die Modernisierung der in Misskredit stehenden Altbauviertel keine Option darstellte¹⁹.

In den 1960er-Jahren stießen diese Vorhaben auf wenig Widerstand. Eine städtische Opposition hatte sich aufgrund der fehlenden Konflikttradition in anderen gesellschaftlichen Bereichen und einer nicht existenten sozialen Trägerschaft noch nicht gebildet. Bevölkerungsgruppen, deren Einkommen die höheren Mieten decken konnten, zogen in die Neubausiedlungen der Außenbezirke, Gewerbetreibende gaben ihre Standorte auf²⁰. Einige Haus- und Grundeigentümer verzögerten den Sanierungsprozess: Sie erklärten sich nicht zum Verkauf bereit, investierten jedoch gleichzeitig weder in Renovierung noch in Instandhaltung²¹. Dies förderte den Verfall der Altbauten weiter Teile Kreuzbergs und die Segregation. Arbeiter, kinderreiche Familien und Rentner, die sich die Mieten in den neu errichteten Vierteln nicht leisten konnten, blieben in den Altbaugebieten zurück²². Andererseits begünstigte der preiswerte Wohnraum Ende der 1960er-Jahre den Zuzug gesellschaftlicher Randgruppen, welche die Mieten in den anderen Bezirken nicht bezahlen konnten oder vom Eigentümer nicht akzeptiert wurden. Dazu zählten neben den ausländischen Gastarbeitern westdeutsche Studenten, Bundeswehrflüchtlinge sowie Trebegänger und Lehrlinge. Sie konnten in den verfallenden Altbauten mit Lebens- und Arbeitskollektiven experimentieren²³.

In den Großsiedlungen der Außenbezirke entstand in ersten Initiativen eine erste Kritik an deren Überdimensionierung und der schlechten infrastrukturellen Versorgung²⁴. Das universitäre Umfeld rügte Ende der 1960er-Jahre den

18 Vgl. BODENSCHATZ / CLAUSSEN, 1984, Seite 66.

19 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 30.

20 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 36.

21 Vgl. BODENSCHATZ / CLAUSSEN, 1984, Seite 67.

22 Vgl. BODENSCHATZ / CLAUSSEN, 1984, Seite 68.

23 Vgl. MULHAK, 1983, Seite 216f.

24 Vgl. DIESER, HARTWIG: Die behutsame Stadterneuerung zwischen Kapitalverwertung und Mieterinteressen. Eine Untersuchung unter der besonderen Berücksichtigung des Interessenstandpunktes der Mieter, durchgeführt in Berlin-West, Frankfurt / Main 1983 (Im

auf Expansion zielenden Städtebau als inhuman. Anfang der 1970er-Jahre folgte die evangelische Kirche Kreuzbergs, die eine Entwicklung des Bezirks zum Slum befürchtete²⁵. Begünstigt wurde dieser Protest durch die Stabilisierung der sicherheitspolitischen Lage West-Berlins nach dem Abschluss des Viermächteabkommens 1971. Die ideologische Funktion als Frontstadt des Kalten Krieges verlor an Bedeutung und in der Bevölkerung entwickelte sich ein Bewusstsein für innenpolitische Problemlagen²⁶.

2.2 Die Folgen der Flächensanierung in Kreuzberg

Erste Proteste gegen sanierungspolitische Folgen und die Unterversorgung Kreuzbergs mit sozialen Einrichtungen gehen auf Trebegänger und Lehrlinge zurück, die ihr Schicksal durch die Umnutzung leerstehender Gebäude fortan selbst bestimmen wollten. Besondere Bekanntheit erlangte die Besetzung des Bethanien-Krankenhauses am 8. Dezember 1971, nachdem sich die Debatte zwischen Senat und Bezirk über ein Nutzungskonzept bereits zu einem Politikum entwickelt hatte²⁷. Die Jugendlichen rechtfertigten ihr Vorgehen mit der Lethargie des Bezirks und der Willkür der Ämter²⁸. Nach Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit dem Bezirk unterschrieben sie im Oktober 1973 einen Nutzungsvertrag²⁹. Das zu Ostern 1973 besetzte „Thomas-Weissbecker-Haus“ stellte der Senat eine Woche nach der Aktion im Rahmen eines als „Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin“ deklarierten Projektes zur Verfügung³⁰.

Das in den Jahren 1972-74 am Kottbusser Tor errichtete Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ) markierte den Höhepunkt der Flächensanierung und die Wende in der dortigen wohnungspolitischen Diskussion³¹. Es entsprach der

Folgenden: DIESER, 1983), Seite 116.

25 Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 184.

26 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 36f.

27 Vgl. SPODE, HASSO: Das Georg-von-Rauch-Haus auf dem Gelände des Bethanien-Krankenhauses Mariannenplatz 1a, in: ENGEL, HELMUT / JERSCH-WENZEL, STEFI / TREUE, WILHELM: Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, Seite 326-334 (Im Folgenden: SPODE, 1994), hier: Seite 327f.

28 Vgl. JUGENDZENTRUM KREUZBERG E.V. (HRSG.): Georg-von-Rauch-Haus. Kämpfen, Lernen, Leben, Berlin 1972, Seite 14.

29 Vgl. SPODE, 1994, Seite 333.

30 Vgl. BREUL, RENATE / PHILIPS, MARTIN / WAHRIG, STEFAN: Selbsthilfe-Kollektive, Institut für Wohnungsbau und Stadtplanung <Berlin-West>: IWOS-Bericht zur Stadtforschung, Bd. 6, Berlin 1980, Seite 51f.

31 Vgl. WARTENBERG, GERD: Patentrezepte oder Strategien für Kreuzberg?, in: SENBAUWOHN, 1984, Seite 70-72, hier: Seite 70.

Neuordnung des Sanierungsgebietes, die sich am Flächennutzungsplan mit- samt des geplanten Autobahn-Tangentensystems orientierte. Es zog bereits während der Planungsphase von den Kreuzberger Jungsozialisten initiierte Pro- teste nach sich, die von angrenzenden Mietern nebst Gewerbetreibenden sowie der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Kreuzberg) getragen wurden. Sie konnten das Vorhaben nicht stoppen, jedoch Verbesserungen wie die Errichtung der Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau durchsetzen³². Wäh- rend und nach der Fertigstellung wurden infrastrukturelle Folgeprobleme (feh- lende Spielplätze und Parkanlagen) und planerische Aspekte (Umsetzungs-, Entmietungspraktiken³³) kritisiert, jedoch nicht die generelle Praxis der Sanie- rungspolitik in Frage gestellt³⁴.

2.3 Von der Flächensanierung zur Stadterneuerung

Die Formierung des Protestes war ein Resultat, jedoch nicht die Ursache der Krise der Wohnungsbaupolitik. Diese trat im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs der Jahre 1973/74 auf. Aufgrund des anhaltenden Anstiegs von Arbeitslosigkeit und Baukosten sowie der ausbleibenden Subventionen des Bundes zeichnete sich ab, dass die Flächensanierung ökonomisch, politisch und ideologisch nicht mehr tragbar sein würde. Nach dem dadurch erzwunge- nen Paradigmenwechsel sollte Sanierung *„als eine unsere gewachsene[n] Strukturen erhaltende Stadterneuerung verstanden“*³⁵ werden³⁶. Der Senat prio- risierte die Modernisierung der Altbaugebiete und gab 1976 weite Teile der Autobahnplanung für die Innenstadt auf. Das 1971 zur Beschleunigung der Sanierungsvorhaben verabschiedete Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) erwies sich jedoch als Hindernis: Es sah eine bisher nicht vorgesehene Erörte- rung der Planung und die Vermeidung sozialer Härten vor. Andererseits verbot es den Sanierungsträgern, beim Ankauf der Grundstücke höhere Preise als den

32 Vgl. WINTER, THEO: Neues Kreuzberger Zentrum. Ein Neubau muss erneuert werden, in:

ARBEITSGRUPPE STADTERNEUERUNG (HRSG.): Stadterneuerung in Berlin-West. Perspektiven einer Bestandsentwicklungspolitik, Berlin 1989, Seite 75-88, hier: Seite 77.

33 Ausführlich dargestellt bei LAURISCH, 1981, Seite 18f.

34 Vgl. PIRKER, THEO (HRSG.): Stadtplanung, Sanierung und Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Kreuzberg, Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung <Berlin-West>: IWOS-Bericht zur Stadtforschung, Bd. 1, Berlin 1977, Seite 66.

35 SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: 13. Bericht über Stadterneuerung, 1.1.1975-31.12.1977, Berlin 1978, Seite 1.

36 Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 186f.

Verkehrswert zu zahlen. Private Hauseigentümer, die sich nicht an der Sanierung beteiligen wollten, zögerten ihren Verkauf in Erwartung höherer Renditen hinaus und investierten zugleich nicht in den Erhalt ihrer Häuser³⁷.

In den Sanierungsgebieten hatte sich bereits ab 1973 mit Bürger- und Mieterinitiativen eine städtische Opposition gegenüber dem Senat gebildet. Sie wurde politisch von Organisationen und Einzelpersonen der 68er-Bewegung dominiert und von Teilen alteingesessener Quartiersbewohner sowie Gewerbetreibenden getragen. Der Senat musste folglich neben der im StBauFG vorgeschriebenen Planungserörterung Mechanismen zur Konfliktregelung schaffen. Mietervertreter des Kreuzberger Sanierungsgebietes Kottbusser Tor wurden daher an den Planungsausschusssitzungen des Bezirks beteiligt³⁸. Bei der Erneuerung des Blocks 100 am Kreuzberger Mariannenplatz regte sich in mehrfacher Hinsicht Kritik an diesem Modell: Es waren erstmals Multiplikatoren (Pfarrer, Lehrer, Sozialarbeiter und Abgeordnete) aus dem Gebiet ernannt worden, um als Berater bei der Planung tätig zu werden. Sie bemängelten jedoch die fehlende Einbindung der direkt Betroffenen. Zudem verhinderten sie nicht die Umsetzung der ursprünglichen Pläne: Demnach wurden sämtliche innerhalb des Blocks liegenden Bauten abgerissen, lediglich ein Drittel der bestehenden Altbauten saniert und der Rest durch Neubauten ersetzt³⁹.

2.4 Die Entstehung der unabhängigen Betroffenenbeteiligung

Aufgrund der mangelnden Ideen des Senats für finanziell, sozial und politisch verträgliche Sanierungskonzepte konkretisierte sich der Protest. Modernisierungsprogramme wie das 1977 verabschiedete Wertausgleichsprogramm (WAP) stellten öffentliche Mittel zur Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Umfeldes in besonders benachteiligten Innenstadtgebieten zur Verfügung⁴⁰. Dahingegen verschärfte das 1977 für die Dauer von drei Jahren aufgelegte Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP)⁴¹ die sozialen Probleme Kreuzbergs: Es

37 Vgl. HÄRTIG, VOLKER: Kreuzberg – ein bedrohter Stadtteil?, in: SCHNEIDER, JENS (HRSG.): Jugend in Kreuzberg. Aufwachsen in einem bedrohten Stadtteil, Berlin 1984, Seite 9-21, hier: Seite 14f.

38 Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 194f.

39 Vgl. LAURISCH, 1981, Seite 21f.

40 Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 188.

41 Das ZIP wurde im Jahre 1980 durch das Landesmodernisierungsprogramm (LaMod) abgelöst, um die Kontinuität bei der Erneuerung des Altbaubestandes zu gewährleisten (Vgl.

sollte die finanzielle Misere des Wohnungsbaus mit der Mobilisierung privaten Kapitals beseitigen und die Modernisierung als neue städtebauliche Leitlinie durchsetzen⁴². Die Vergabe der Gelder dieses Programms war jedoch an den Abriss der Remisen und Seitenflügel auf den Hinterhöfen gebunden. Sie flossen zudem auch in die nicht deklarierten Sanierungsgebiete, in denen keine Betroffenenbeteiligung nach dem StBauFG vorgesehen war. Aus den Modernisierungen folgte ein Anstieg des Wohnungsstandards sowie der Kaltmiete, die für die meisten ansässigen Bewohner nicht mehr finanzierbar war⁴³. Grundspekulation sowie Entmietung und Verfall der Altbauwohnungen setzten sich dadurch fort, ohne dass Finanzierung und Planung Ersatzwohnraum in Aussicht stellen konnten. Die Flächensanierung hatte durch das ZIP lediglich ihren Charakter verändert: Deren physische Komponente, die sich in der Beseitigung alter Gebäude zeigte, wurde durch die soziale ersetzt, indem steigende Mieten die ursprünglichen Bewohner verdrängten⁴⁴.

Die drastischen Stimmenverluste der SPD im Arbeiterbezirk Kreuzberg bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1975⁴⁵ führte zu einer gesteigerten Sensibilität bzgl. der dortigen Probleme⁴⁶: Der vom Kreuzberger Gemeindepfarrer Klaus Duntze angeregte und von SPD-Mandatsträgern sowie Bezirksamt unterstützte städtebauliche Ideenwettbewerb „Strategien für Kreuzberg“ wurde vom Senat am 3. März 1977 ausgeschrieben⁴⁷. Mit den „Strategien“ sollte der Bevölkerung des massiv vom Mauerbau betroffenen Terrains um den Görlitzer Bahnhof Gelegenheit gegeben werden, ihre Ideen zur Gestaltung des Gebietes vor ersten administrativen Planungsüberlegungen einzubringen⁴⁸. Daran beteiligte sich jedoch eine im Vergleich zur Bevölkerung überproportionale Anzahl kritischer Fachleute. Zudem blieben die Ergebnisse in puncto Stadterneuerung überschaubar: Zwar entstand im Januar 1978 der „ZIP-Aus-

dazu: DIESER, 1983, Seite 122.).

42 Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 190.

43 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 45f.

44 Vgl. GEFFERS, DIETER: Perspektive und Ergebnis der Stadterneuerung, in: SENATSWALTUNG FÜR BAU- UND WOHNWESEN (HRSG.): Stadterneuerung. Erfahrungen, Beispiele, Perspektiven, Berlin 1990, Seite 7-18, hier: Seite 10.

45 Das Ergebnis ist in Anhang B aufgeführt.

46 Vgl. VON TIEDEMANN, VOLKER (BEARB.): Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung. Beispiel: Strategien für Kreuzberg, Bonn 1980 (im folgenden: TIEDEMANN, 1980), Seite 11.

47 Vgl. LAURISCH, 1981, Seite 24.

48 Diese Ideen wurden von einer aus 22 Bürgern und jeweils sechs Mitarbeitern des Senats und der Bezirksverordnetenversammlung bestehenden Projektkommission beurteilt. Vgl. TIEDEMANN, 1980, Seite 9.

schuss“ zur Wahrung des Mitspracherechts bei Modernisierungsmaßnahmen⁴⁹, jedoch konnten sowohl Ausschuss als auch die „Strategien“ die auf Wohnqualität und Mietsteigerung zielende Konzeption des ZIP nicht verhindern⁵⁰.

Im Zuge des Wettbewerbs hatte sich allerdings eine kritische Stadtteilöffentlichkeit gebildet. Diese empfand die Möglichkeiten der Betroffenenbeteiligung als ungenügend und setzte ihre Aktivitäten gegen die Sanierungspraxis fort: Der Verein SO 36 wurde als Ergebnis der „Strategien“ am 1. Juni 1978 als vom Senat finanzierte Kontaktstelle zu den Bewohnern eingerichtet, welche die Beteiligung der Bürger organisierte und unterstützte, jedoch nicht als Gesprächs- oder Verhandlungspartner agierte⁵¹. Die Bürgerinitiative SO 36 (BI SO 36) formierte sich hingegen als Reaktion auf einen Konflikt während des laufenden Wettbewerbs⁵². Sie bestand aus Bürger- und Aktivgruppenvertretern des Wettbewerbs, verstand sich als loser Zusammenschluss von Personen und konstituierte sich daher nicht als eingetragener Verein. Noch vor der Eröffnung ihres Ladens in der Sorauer Straße 28 im Oktober 1977 begann die BI SO 36 mit ersten Aktivitäten. Sie half bei der Erstellung von Mängellisten für Bewohner oder brachte Plakate an, die über den geplanten Abriss von Hinterhäusern informierten. Im Dezember 1977 gab sie erstmalig die Zeitschrift „Südost-Express“ heraus, die sich als politisch unabhängige Informationsquelle für die Bewohner verstand und möglichst viele Bürger zur Beteiligung an städtebaulichen Planungen motivieren wollte⁵³.

Aufgrund dieses Engagements wählte der Senat das Gebiet der „Strategien für Kreuzberg“ („Strategien“-Gebiet) als Bereich der für 1984 geplanten Internationalen Bauausstellung (IBA) mit dem Motto „Die Innenstadt als Wohnort“⁵⁴ aus, die neue Fördermittel des Bundes mobilisieren sollte⁵⁵. Die Stadterneuerungsbereich der Bauausstellung Berlin GmbH (IBA-GmbH) war für die organisatorische Vorbereitung vorgesehen und sollte in Zusammenarbeit mit

49 Dieses Gremium ging nach Abschluss des ZIP-Programms im Stadtteilausschuss SO 36 auf. Vgl. TIEDEMANN, 1980, Seite 21.

50 Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 199.

51 Vgl. FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 44f.

52 Anlass hierzu waren Räumung und Abriss einer zum Zwecke der Einrichtung eines Stadtteilzentrums besetzten Feuerwache in der Reichenberger Straße 66 am 14. Juni 1977. Zum genaueren Ablauf der Besetzung und Räumung siehe NESKE, MARLENE: Der Abriss der Feuerwache, in: FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 36f, oder die subjektive Schilderung der Ereignisse bei WARTENBERG, 2003, Seite 54ff.

53 Vgl. FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 41.

54 SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: 14. Bericht über Stadterneuerung, 1.1.1978-31.12.1979, Berlin 1980 (Im Folgenden: 14. STERNB, 1980).

55 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 54.

den Bewohnern „*neue Verfahren für die Praxis der Stadterneuerung [...] entwickeln*“⁵⁶ und somit die durch den Wettbewerb angestoßene Revitalisierung des Gebietes fortsetzen⁵⁷.

Als weiteres Ausstellungsareal wurde das Sanierungsgebiet Kottbusser Tor festgelegt. Dort sollte die Erhaltung der historischen Struktur durch eine differenzierte Modernisierung der vorhandenen Gebäude und ergänzenden Neubauten realisiert werden. Aus Unzufriedenheit mit dem Mitwirkungsmodell des Senats hatte sich dort im September 1978 mit dem Mieterladen Dresdener Straße 12 eine Betroffenenvertretung gebildet, die mit der BI SO 36 vergleichbare Aufgaben wahrnahm⁵⁸. Anfang 1979 engagierten sich dort die ersten Gewerbetreibenden, darunter der Drogist Werner Orłowsky aus der Dresdener Straße, der sich für eine Anerkennung der Betroffenenvertretung durch das Bezirksamt einsetzte⁵⁹. Die IBA-GmbH suchte den Kontakt zum Mieterladen und unterstützte dessen Forderungen nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen im Gebiet ohne Vertreibung der Bevölkerung. Somit war eine Basis für die Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Mieterladen hergestellt⁶⁰.

2.5 Neues Selbstverständnis durch Instandbesetzungen

Unterdessen erreichte die Wohnungsnot in den Jahren 1978/79 neue Dimensionen. Mieter- und Bürgerinitiativen vermochten es durch ihre im legalen Rahmen geführte defensive Stadtteilarbeit nicht, die fortdauernde Grundstücksspekulation samt ihrer Folgeerscheinungen zu verhindern. Die BI SO 36 ergriff daher die Offensive und entschloss sich mit Instandbesetzungen zum Schritt in die Illegalität. Im Vergleich zu den vorherigen Besetzungen, bei denen soziale Beweggründe im Vordergrund standen (Rauch-Haus, alte Feuerwache), sollte mit den Instandbesetzungen die von der Sanierungspolitik provozierte Wohnungsnot bei gleichzeitigem Leerstand in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken⁶¹.

Die erste als solche deklarierte Instandbesetzung führte die BI SO 36 am 3. Februar 1979 in Häusern der senatseigenen Trägergesellschaft BeWoGe in

56 14. STERN, 1980, Seite 3.

57 Vgl. 14. STERN, 1980, Seite 41ff.

58 Vgl. Mieterladen Dresdener Straße 12, in: Südost-Express 4/1979, Seite 19.

59 Vgl. Ein Kiez wird kaputtgemacht, in: Südost-Express 5/1979, Seite 16.

60 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 106f.

61 Vgl. LAURISCH, 1981, Seite 32.

der Görlitzer Straße 74 und der Lübbener Straße 3 durch. Sie hatte sich bereits 1978 um die Vermietung von 260 leerstehenden Wohnungen der BeWoGe bemüht und dies mehrere Male öffentlich kommuniziert.⁶² Mit der Instandbesetzung wollte sie der durch Spekulation verursachten „*unerträgliche[n] Verknappung billigen Wohnraums*“⁶³ entgegenwirken. In den folgenden Tagen nahm die BI SO 36 handwerkliche Arbeiten und die Instandsetzung der notwendigsten Installationen vor, zahlte Miete für die Wohnungen an und verlangte Mietverträge. Im Stadtteil stieß diese Aktion auf positive Resonanz, es folgten wohlwollende Berichte in Presse, Fernsehen und Rundfunk. Zudem war das Leerstandproblem prominent vor den anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. März 1979 platziert. Aufgrund dessen gingen BeWoGe und Bause-nator Harry Ristock (SPD) auf die Forderungen nach Mietverträgen für die zwei besetzten und 40 weitere leerstehende Wohnungen ein⁶⁴. Die zweite Besetzungsaktion nahm die BI SO 36 am 26. November 1979 in der Cuvrystraße vor. Dies geschah während der Verleihung des Kulturpreises der Kulturpolitischen Gesellschaft Bonn an den Verein SO 36 und die BI SO 36, daher ließ sich das vorhandene mediale Interesse nutzen, einer breiteren Öffentlichkeit die Folgen der Sanierungspolitik bewusst zu machen. Die Besetzung rechtfertigte die BI SO 36 mit der systematisch betriebenen Vernachlässigung und Entmietung der Häuser, deren Rettung ihr aufgrund des langen Verhandlungsweges mit Senat und Bezirk als aussichtslos erschien. Mit der Kenntnis, sich im Rahmen der Illegalität zu bewegen, betonte die BI SO 36, eine direkte Auseinandersetzung mit den Besitzern über die Änderung ihrer Planungen anstelle von Konflikten mit der Polizei anzustreben⁶⁵.

Zeitgleich entwickelten sich jugendpolitisch motivierte subkulturelle Gruppen neben Mieter- und Bürgerinitiativen zu Hauptakteuren der Instandbesetzungen: Dies zunächst mit Schwerpunkt im Sanierungsgebiet Kottbusser Tor, wo sie mit dem „Turm“ am Leuschnerdamm im Oktober 1979⁶⁶ und dem Naunyn-

62 Vgl. BeWoGe lässt Wohnungen leerstehen, in: Südost-Express 6&7/1978, Seite 5. / Vgl. Wann werden die leerstehenden Wohnungen endlich vermietet?, in: Südost-Express 1/1979, Seite 2. / Vgl. Zwangseinweisung abgelehnt, in: Südost-Express 2/1979, Seite 4.

63 BÜRGERINITIATIVE SO 36: Leserbrief an die „Kreuzberger Sanierungszeitung“, abgedruckt in: „Solchen Leuten muss das Handwerk gelegt werden“, in: Südost-Express 10/1978, Seite 10.

64 Vgl. THÖRNIG, RAIMUND: Die ersten Besetzungen, in: FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 47.

65 Vgl. BÜRGERINITIATIVE SO 36: Presseerklärung zu den Wohnungsbesetzungen in der Cuvrystraße, in: Südost-Express, 12/1979, Seite 3.

66 Aus der Sicht eines der Beteiligten beschrieben bei: WARTENBERGJ, 2003, Seite 149-161.

strand in der Naunynstraße 77-79 im Januar 1980⁶⁷ ganze Häuser statt einzelner Wohnungen besetzten. Damit griffen sie die Ansätze zur Erprobung neuer Wohn- und Lebensformen aus den frühen 1970er-Jahren auf⁶⁸. Die Jugendlichen ergänzten zudem die wohnungspolitischen Forderungen nach Instandsetzung und Wiedervermietung um jugend- und sozialpolitische Aspekte. Dies taten sie in Flugblättern, mit denen sie in der unmittelbaren Nachbarschaft um Verständnis für die Besetzungen warben⁶⁹. Resultat des sich entwickelnden Selbstverständnisses der Besetzer war die Bildung des Besetzerrates durch die Bewohner der sechs in Kreuzberg besetzten Häuser am 28. März 1980. Damit gaben sie ihrer Autonomie gegenüber den Mieter- und Bürgerinitiativen eine organisatorische Form. Der Rat sollte dem Informationsaustausch dienen und die Abwehr von Angriffen gegen einzelne Häuser bzw. die Verteidigung bei deren Räumung organisieren. Im Rahmen einer Aktionswoche Ende April 1980 wollte er die Bevölkerung über die Interessen der Spekulanten aufklären, um Motive für und Ergebnisse des Schrittes in die Illegalität zu verdeutlichen⁷⁰.

Die Instandbesetzungen in Kreuzberg stellten somit den vorläufigen Höhepunkt der Proteste gegen Sanierungspolitik dar. Sie hatten sich im Zuge der Krise des Wohnungsbaus Mitte der 1970er-Jahre formiert, auf die der Senat mit unzureichenden Modernisierungsprogrammen und Modellen der Betroffenenbeteiligung begegnete. In Kreuzberg engagierten sich Studenten und Intellektuelle – ergo die junge Bevölkerung – neben Gewerbetreibenden in unabhängigen Mieter- und Bürgerinitiativen wie der BI SO 36. Die neu hinzugezogene Gruppe der ausländischen Gastarbeiter war aufgrund der sprachlichen Barriere nicht in der Lage, ihre Interessen zu formulieren. Demgegenüber reagierte der größte Teil der ursprünglichen Bewohner Kreuzbergs entweder mit Resignation oder Wegzug auf die Veränderungen des Bezirks⁷¹.

Vergebliche Versuche, mit legalen Mitteln eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation Kreuzbergs herbeizuführen und die sich Ende der 1970er-

67 Vgl. SUTTNER, 2011, Seite 126.

68 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 310.

69 Vgl. NAUNYNSTRAND: Was ist los am Naunynstrand 77, 78, 79, Flugblatt, Berlin 1980. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 1970er / 1-8/1980 (unsign.).

70 Vgl. BESETZERRAT: Gegen Abriss und Spekulantentum müssen wir was tun!, Flugblatt, Berlin 1980, abgedruckt in: GRAFF, RAINER: Instandsetzung! Die Geschichte einer Forderung im Bezirk Berlin-Kreuzberg 36, Berlin 1980, Anlage 16.

71 Vgl. HÄRTIG, VOLKER: Denk ich an Kreuzberg in der Nacht..., in: SENBAUWOHN, 1984, Seite 95-99, hier: Seite 99.

Jahre verschärfende Wohnungsnot bewirkten durch die Instandbesetzungen den Schritt in die Illegalität und zugleich in die wohnungspolitische Offensive. Im Zuge weiterer Besetzungen folgte die Emanzipation der Besetzer von den Mieter- und Bürgerinitiativen. Sie koordinierten in der unabhängigen Institution des Besetzerrats die Interessen der einzelnen Häuser und diskutierten alternative Lebens- und Sanierungsmodelle.

3. Der 12. Dezember 1980 als Ausgangspunkt der Radikalisierung des Protestes

Die Radikalisierung des Protestes, verbunden mit der sich zuspitzenden Eskalation der Gewalt, entstand in einer sich zunehmend unberechenbar darstellenden Konstellation: Waren die Ziele der ersten Instandbesetzungen mit dem Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnraumspekulation klar definiert, gerieten durch die jugendlichen Akteure die Vorstellungen zur Realisierung gemeinsamer Lebensformen in den Vordergrund. Die Gemeinsamkeiten bestanden darin, den Leerstand von Häusern als illegal zu betrachten, per Besetzung auf diese Missstände hinzuweisen und die angeeigneten Freiräume zu verteidigen. Daher basierte die Einheitlichkeit der Hausbesetzer nicht auf theoretischen Grundsatzdiskussionen, sondern auf gemeinsamen Aktionen⁷². Durch erste Konflikte mit der Polizei im zweiten Halbjahr 1980 zeichneten sich die Radikalisierung des Protestes und die Eskalation der Gewalt zum Ende des Jahres ab.

3.1 Vorboten eines gewalttätigen Konfliktes

Den Anfang der Verschärfung des Protestes gegen bauliche Maßnahmen und die Grundlagen für spätere Auseinandersetzungen bildete bereits der 1. Mai 1980. An diesem Tag wandten Anwohner des Oranienplatzes eine andere Form der Selbsthilfe gegen die dortige Errichtung einer Mauer an: Sie hatten gegen die Pläne des Bezirksamtes eine Unterschriftenaktion initiiert, die sowohl beim Bezirk als auch beim Senat nicht berücksichtigt wurde⁷³. Daher rissen sie unter

⁷² Vgl. MULHAK, 1983, Seite 222f.

⁷³ Vgl. ORLOWSKY, WERNER: Streiflichter. Persönliches zur „IBA“, in: ARCH+ 66, Dezember 1982,

Mitwirkung von Demonstranten die just errichtete Mauer ein, was wiederum die Polizei alarmierte. Diese wurde beim Eintreffen vor Ort attackiert und es kam zu Schüssen eines Polizeibeamten auf Flüchtende⁷⁴. Ein Demonstrant schlug einen anderen Beamten nieder, als dieser ebenfalls seine Dienstwaffe zum Einsatz bringen wollte, und wurde wegen versuchten Totschlages im August gleichen Jahres verhaftet⁷⁵. Das Bezirksamt Kreuzberg zog jedoch Konsequenzen aus den Geschehnissen: Es verwarf die ursprünglichen Planungen und ließ sie stattdessen durch direkte Bürgerbeteiligung in Zusammenarbeit zwischen Betroffenenvertretungen, Bürgern und IBA erarbeiten⁷⁶. Dieses Ereignis und vor allem dessen Folgen ließen bei den Beteiligten den Eindruck zurück, dass gewaltsamer Widerstand gegen die Polizei ein Mittel zur Durchsetzung der Bürgerinteressen darstellen könne⁷⁷.

In den Folge Monaten deutete sich aufgrund verschiedener Polizeieinsätze die Kriminalisierung der Besetzer an: Sechs Personen wurden am 29. Mai 1980 in der besetzten Wrangelstraße 56 aufgrund des Verdachts auf Stromdiebstahl verhaftet⁷⁸. Nachdem am 4. Juni mit dem Chamissoplatz 3 das erste außerhalb des südöstlichen Kreuzbergs besetzte Haus geräumt worden war, stellte die Eigentümerfirma Gewobag Strafanzeige gegen die festgenommenen Besetzer wegen Hausfriedensbruchs⁷⁹. Am 12. Juni verübte die terroristische Vereinigung „Bewegung 2. Juni“ einen Bombenanschlag und nahm in ihrem Bekenner-schreiben auf Sanierungspolitik und Hausbesetzungen Bezug. Daraufhin spekulierte die konservative Presse über Verbindungen der Instandbesetzer zu terroristischen Vereinigungen, was durch eine eigens von Kriminalpolizei und Staatsschutz eingerichtete Sonderkommission untersucht werden sollte⁸⁰. Besetzer aus dem Sanierungsgebiet Kottbusser Tor nahmen eine verstärkte

Seite 4-6, hier: Seite 4.

74 Vgl. Schüsse, Krawalle und Verhaftungen in Berlin, in: Die Tageszeitung (Im Folgenden: TAZ), 05.05.1980, Seite 4.

75 Vgl.: „Die Mauer wollte keiner, doch dafür sitzt jetzt einer!“, in: Südost-Express, 10/1980, Seite 6. Es handelte sich hierbei um Manfred Wetzel, dessen Verurteilung im Januar 1981 neuerliche Auseinandersetzungen provozierte. Siehe dazu Seite 25.

76 Vgl. STRECKER, BERNHARD: Der Oranienplatz – oder: Freiheit für Manne, in: ARCH+ 66, Dezember 1982, Seite 46-47, hier: Seite 46.

77 Vgl. HERRMANN, KLAUS / GLÖDE, HARALD: Aufstieg und Niedergang der Hausbesetzerbewegung in Berlin, Diplomarbeit, Berlin 1985 (Im Folgenden: HERRMANN / GLÖDE, 1985).

78 Vgl. SUTTNER, 2011, Seite 127.

79 Vgl. Kampf von Bau zu Bau, in: Tip Berlin 13/1980, Seite 10.

80 Vgl. Terroristen suchen Kontakt zu den „Instandbesetzern“, in: Berliner Morgenpost, 14.06.1980, Seite 3.

Präsenz der Polizei wahr und vermuteten daher, dass ein politisches Klima für Räumungen geschaffen werden sollte⁸¹. Um diesem entgegen treten zu können, organisierten sich die Besetzer des Sanierungsgebietes Kottbusser Tor und des einstigen „Strategien“-Gebietes am 12. Juni 1980 im gebietsspezifischen, parallel zum ursprünglichen Besetzerrat bestehenden Besetzerrat K36. Per Flugblatt forderten sie aufgrund des härteren polizeilichen Vorgehens die Entkriminalisierung der Hausbesetzer, keine weiteren Strafverfolgungen, das Wohnrecht für alle sowie die gesetzliche Anerkennung von Instandbesetzungen als legales Mittel gegen Wohnungsleerstand. Neue Unterstützer sollten durch eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit gewonnen werden⁸².

Dennoch setzten sich die Polizeieinsätze fort: In der Presse fanden hierbei die tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Besetzern und Polizeibeamten am 2. September 1980 vor dem besetzten Haus in der Adalbertstraße 6 gesonderte Erwähnung. Dies geschah, nachdem die Polizei eine geplante theatrale Rekonstruktion der Geschehnisse vom 1. Mai am Oranienplatz verhinderte, indem sie einen der Schauspieler festnahm, was neben der lokalen auch der liberalen Berliner Presse Grund zur Kritik bot⁸³. Die konservative Presse nahm das Ereignis zum Anlass, den Hausbesetzern erneut terroristische Motivationen zu unterstellen und hob die Auseinandersetzungen mit der Polizei im Gegensatz zu den Instandsetzungsarbeiten in den einzelnen Häusern hervor⁸⁴.

Bausenator Ristock zog aus diesen Geschehnissen den Schluss, dass unter den Besetzern zwischen Idealisten, Punkern bzw. Rockern und einer Gruppe, welche die Konfrontation mit der Staatsmacht sucht, zu differenzieren sei und Hausbesetzungen kein Massenproblem darstellen würden. Er wollte den durch die Fehlplanungen bei der Stadterneuerung verursachten Missständen mit einer Neufassung der Zweckentfremdungsverbotsordnung für Wohnungen und Zuschüssen für Instandsetzungen begegnen. Dies verharmloste jedoch die Wohnungsmisere⁸⁵. Die Hausbesetzer-Szene nahm die Differenzierung Ristocks als Spaltungsversuch wahr. Sie befürchtete aufgrund weiterer als will-

81 Vgl. BESETZERRAT K36: Häuserkampf Berlin, Berlin 1980, Seite 12f.

82 Vgl. HABERBUSCH, KUNO: „Berliner Linie“ gegen Hausbesetzer. Die „Vernunft“ schlägt immer wieder zu, Berlin 1981, Seite 7.

83 Vgl. RIEB, BRUNO: Statt Straßentheater gab es eine Straßenschlacht, in: Der Abend, 03.09.1980, Seite 14.

84 Vgl. Eindeutige Werbung für den Terror, in: Berliner Morgenpost, 28.09.1980, Seite 3.

85 Vgl. „Kein Massenproblem“. Bausenator Ristock zu den Hausbesetzern, in: Abend, 09.09.1980, Seite 13.

kürlich empfundener Polizeieinsätze, dass die ersten Häuser geräumt werden könnten, bevor ein direkter Dialog zwischen Instandbesetzern und politischen Mandatsträgern stattgefunden hätte⁸⁶. Am 10. Oktober 1980 fand eine Demonstration statt, die den Abschluss einer vom Besetzerrat K36 organisierten Aktionswoche bildete und sich gegen bevorstehende Räumungen richtete. In deren Verlauf äußerte sich die Wut über die Sanierungspolitik und die Unsicherheit über die Zukunft der besetzten Häuser in gewalttätigen Aktionen: Fensterscheiben von Banken und Gewerbetreibenden wurden eingeschlagen und Geschäfte geplündert, die Polizei erhielt jedoch die Anweisung zum Rückzug und ließ sich durch Steinwürfe auf deren Wagen nicht provozieren⁸⁷. In der Befürchtung weiterer Eskalationen forderte der Kreuzberger Verband der Alternativen Liste (AL) eine öffentliche Diskussion mit Instandbesetzern, Polizei und Parteien, die zu einer bürgernahen Politik zum Wohle der Mieter und Wohnungssuchenden führen sollte⁸⁸. Unter organisatorischer Mithilfe der BI SO 36 fand am 25. Oktober 1980 in der Wrangelkaserne eine offene Aussprache zur Wohnungsnot bei gleichzeitig herrschendem Leerstand statt. Dabei sollte über alternative Lösungen debattiert werden, um einer weiteren Eskalation des Konfliktes vorzubeugen. Die daran teilnehmenden Politiker sprachen sich in deren Verlauf gegen die weitere Diffamierung und Kriminalisierung der Besetzer aus: Vertreter der CDU betonten, dass Instandbesetzungen politisch und juristisch nicht akzeptabel seien. Dahingegen erklärten Berliner Mieterverein, AL, FDP und Jusos sowie der Direktor der Altbau-IBA, Hardt-Waltherr Hämer, dass Instandbesetzungen das einzige Mittel seien, leerstehende Wohnungen vor dem Verfall zu bewahren. Damit stießen sie auf keinen Widerspruch. Die SPD beließ es jedoch bei Absichtsbekundungen für gesetzliche Initiativen, so dass die Versammlung ohne konkrete Lösungsvorschläge beendet wurde. Neben Bausenator Ristock hatten auch Innensenator Peter Ulrich (SPD) und Vertreter des Polizeipräsidenten nicht daran teilgenommen⁸⁹.

Im November 1980 kündigte Ristock konkrete Maßnahmen gegen besetzte Häuser an. Neben der Ausarbeitung von Kompromissen mit Hausbesetzern zur Bekämpfung des Leerstandes sollten Wohnungen geräumt werden dürfen,

86 Vgl. Zeichen auf Sturm?, in: TAZ, 03.10.1980, Seite 12.

87 Vgl. Der „Krieg“ fand nicht statt, in: TAZ, 13.10.1980, Seite 8.

88 Vgl. Steht eine Räumung bevor?, in: Südost-Express, 10/1980, Seite 7.

89 Vgl. Wohnungsnot und Häuserleerstand, in: Südost-Express, 11/1980, Seite 17.

sofern Hausbesitzer mit Geld und Sozialplan für anstehende Modernisierungsarbeiten vorgesorgt hätten und durch die Besetzung an der Realisierung ihrer Pläne gehindert würden⁹⁰. Zudem sah ein Anfang Dezember 1980 von der regierenden SPD vorgestelltes Konzept zur Lösung der Hausbesetzerfrage vor, dass die Besetzer in den jeweiligen Häusern verbleiben konnten, in denen keine sofortige Modernisierung vorgesehen war. Im Falle einer bevorstehenden Sanierung sollten Tauschobjekte angeboten und bei anderen Häusern die Verhandlungen über deren Legalisierung fortgesetzt werden. Dahingegen wollte die CDU rigoros gegen die als rechtswidrig titulierten Besetzungen vorgehen. Die Polizei sollte zum Tausch vorgesehene Objekte wie in der Kreuzberger Admiralstraße 18b bewachen, um deren Besetzung zu verhindern⁹¹.

Zwischen Besetzern und Senat fanden die angekündigten Verhandlungen jedoch nicht statt. Vielmehr wählte der Senat als Dialogpartner das Sozialpädagogische Institut der Berliner Arbeiterwohlfahrt (SPI) aus, welches durch Erbpachtvertrag zum Besitzer der als Ersatzobjekte ausgewählten Häuser werden sollte. Eine Zusammenkunft zwischen Vertretern des Senats und des SPI am 11. Dezember 1980 ergab, dass sich das Institut stellvertretend für den Senat an die Instandbesetzer wenden sollte, um ihnen Angebote zu unterbreiten und anschließend Verhandlungen darüber aufzunehmen⁹².

3.2 Die Eskalation der Gewalt durch Verhinderung einer Besetzung

Bevor das SPI Gespräche mit den Besetzern aufnehmen konnte, kam es am darauf folgenden Freitag, dem 12. Dezember 1980, zur Eskalation der Gewalt. Nachdem ein Haus am Kreuzberger Fraenkelufer 48 besetzt werden sollte, folgte die Alarmierung der Polizei durch verbliebene Anwohner, welche die Besetzer kurze Zeit später verhaftete. Via Telefonkette informiert, versammelten sich deren Unterstützer vor dem Haus⁹³. In den darauf folgenden Stunden eskalierte die Gewalt: Polizisten warfen auf der Admiralbrücke Tränengas in Richtung der Demonstranten, die zum Kottbusser Tor flüchteten. Dort gingen

90 Vgl. Ristock kündigt Vorgehen gegen Hausbesetzer an, in: Tagesspiegel, 21.11.1980, Seite 16.

91 Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 311.

92 Vgl. ANONYMER VERFASSER: Rechtsfreie Räume, in: AUST, STEFAN / ROSENBLADT, SABINE (HRSG.): Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen, Hamburg 1981 (Im Folgenden: AUST / ROSENBLADT, 1981), Seite 127-169, hier: Seite 136.

93 Vgl. Barrikaden in Kreuzberg, in: TAZ, 15.12.1980, Seite 5.

wiederum zahlreiche Scheiben von Kaufhäusern und Banken zu Bruch, Geschäfte wurden geplündert und Barrikaden errichtet. Verletzte und Festnahmen waren die Folge der bis in die frühen Morgenstunden andauernden Krawalle, denen die Polizei mit dem Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas begegnete. Sie verhaftete dabei ebenfalls unbeteiligte Passanten, bspw. vor dem Mieterladen in der Dresdener Straße⁹⁴.

Innensenator Ulrich verurteilte den Ausbruch der Gewalt am darauf folgenden Tag. Er machte jedoch deutlich, dass der Senat weiterhin entschlossen sei, das Hausbesetzerproblem inklusive dessen Ursachen auf politischem Wege durch Verhandlungen zu lösen. Weitere Besetzungen sollten vermieden werden⁹⁵. Indessen setzten sich die Auseinandersetzungen am Wochenende auf dem Kurfürstendamm fort: Eine dort am 13. Dezember einberufene Demonstration wuchs von zunächst etwa 100 auf über 1000 Teilnehmer an, auch hier kamen Scheiben durch Steinwurf zu Bruch⁹⁶. BI SO 36 und der Besetzerrat gaben auf einer gemeinsam abgehaltenen Pressekonferenz am 15. Dezember zu Protokoll, dass ihnen die Gewalt aufgezwungen worden sei und sie sich daher zur Wehr setzen mussten. Der Besetzerrat machte weitere Verhandlungen mit dem Senat von der Freilassung der Inhaftierten und der Aufhebung der Haftbefehle abhängig. Er verknüpfte diese Bedingung mit einem Ultimatum, das weitere Gewaltakte ankündigte: *„Sollte das nicht geschehen, tragen Innensenator Ulrich und Bausenator Ristock die Verantwortung dafür, dass in Berlin Weihnachten nicht nur die Weihnachtsbäume brennen.“*⁹⁷ An die Pressekonferenz schloss sich eine spontane Demonstration zur Solidarität mit den Inhaftierten und gegen die Vorgehensweise der Polizei an. Sie führte auf dem Kurfürstendamm in der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember 1980 zu den schwersten Ausschreitungen, die von der Polizei unter erneutem Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas gegen Demonstranten und Pressevertreter beendet wurden⁹⁸.

94 Zu den Hergängen genauer: ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS MEHRINGHOF (HRSG.): Dokumentation Dezember Berlin 1980, Berlin 1981 (Im Folgenden: ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS 12. DEZEMBER, 1981), Seite 17-45.

95 Vgl. Barrikaden auf den Straßen und geplünderte Geschäfte, in: Tagesspiegel, 14.12.1980, Seite 16.

96 Vgl. ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS 12. DEZEMBER, 1981, Seite 47.

97 Zitiert nach: Hübner und Ulrich sollen gehen, in: TAZ, 16.12.1980, Seite 12.

98 Vgl. Wieder Krawalle und Verletzte auf dem Kurfürstendamm, in: Tagesspiegel, 16.12.1980, Seite 1. Für Augenzeugenberichte siehe ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS 12. DEZEMBER, 1981, Seite 48-69.

Mit den Ereignissen des Wochenendes änderte sich der Charakter der medialen Darstellung von Instandbesetzungen, der in den folgenden Monaten bestehen blieb. Konservative Zeitungen hatten vor den gewalttätigen Vorfällen verhältnismäßig differenziert über Instandbesetzer und deren Motive berichtet, jedoch ebenfalls über ihre möglichen Verbindungen zur terroristischen Szene spekuliert⁹⁹. Danach gewann das Bild politisch motivierter Extremisten, die das Konzept des Bausenators zur friedlichen Lösung sabotieren wollten, im Gegensatz zu den Ursachen der Besetzungen an Bedeutung¹⁰⁰. Plausibel wurde die Verhinderung einer politischen Lösung des Besetzerproblems durch „Provokateure“¹⁰¹, indem Bausenator Ristock das Haus am Fraenkelufer 48 statt desjenigen in der Admiralstraße 18b zum Tauschobjekt deklarierte¹⁰². Somit ließ sich das in linksalternativen Medien wie der „Tageszeitung“ akzentuierte harte Vorgehen der Polizei¹⁰³ rechtfertigen und relativieren. Die BI SO 36 übte im „Südost-Express“ ebenfalls deutliche Kritik am Polizeieinsatz, der keine Beruhigung der Situation zugelassen, sondern deren weitere Eskalation provoziert hätte¹⁰⁴.

3.3 Reaktionen des Senats und der Hausbesetzer-Szene

Am 16. Dezember debattierte der Senat über die Geschehnisse des Wochenendes und räumte ein, dass er sich der Problematik des Leerstandes bei gleichzeitig hoher Wohnungsnachfrage bewusst sei. Daher sollten die Gründe für den Leerstand in Sanierungsgebieten genauer untersucht werden. Zugleich führte er die Differenzierung in verhandlungs- und gewaltbereite Besetzer fort, indem er an die verhandlungsbereite Fraktion appellierte, sich von den militanten Gruppen zu trennen. Zwar verurteilten die Fraktionen der SPD und der CDU die Krawalle erneut, jedoch benannte die CDU die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik des Senats als deren Ursache und forderte die Polizeiführung zur Besonnenheit in vergleichbaren Situationen auf¹⁰⁵.

99 Vgl. Hausbesetzer: Krawallmacher oder Idealisten?, in: Berliner Morgenpost, 07.12.1980, Seite 37.

100Vgl. Extremisten tobten: Wieder Terror auf dem Kurfürstendamm, in: Berliner Morgenpost, 16.12.1980, Seite 1.

101Ristock: „Provokateure und finstere Heuchler“, in: Der Abend, 17.12.1980, Seite 19.

102Vgl. ebd.

103Vgl. „Lasst die Leute raus, dann ist die Demo aus“, TAZ, 17.12.1980, Seite 1-2.

104Vgl. Verletzte, Verhaftungen und Plünderungen waren vermeidbar, in: Südost-Express 1/1981, Seite 6f.

105Vgl. Der Senat ist weiter gesprächsbereit, in: Tagesspiegel, 17.12.1980, Seite 9.

Das Ergebnis der Auseinandersetzungen des Wochenendes bestand jedoch nicht aus der Isolation der „Provokateure“: Neben der Solidarität durch Kreuzberger Jugendliche, den Mieter- und Bürgerinitiativen sowie Teilen der linken und alternativen Szene ergriffen Professoren und Mitarbeiter des Instituts für Stadt- und Regionalplanung (ISR) der Technischen Universität Berlin für sie Partei. Sie erklärten, dass die Instandbesetzungen *„ein konsequentes und verständliches Ergebnis der Wohnungsmarktsituation in Berlin in Verbindung mit einer zur Lösung der anstehenden Probleme ungeeigneten Stadterneuerungspolitik“*¹⁰⁶ seien.

Als Zeichen der Solidarität mit den Inhaftierten brachen die Besetzer sämtliche Verhandlungen mit Senat und Eigentümern über Legalisierungen ab und forderten stattdessen deren Freilassung. Damit war der grundlegende Konflikt der nächsten Wochen gekennzeichnet¹⁰⁷. Senat und Bezirksamt Kreuzberg wollten weiterhin das SPI als neutralen Vermittler zwischen Behörden und Hausbesetzern einsetzen, um Legalisierungen vorzubereiten und weitere Eskalationen zu vermeiden. GSW, BeWoGe und GSG erklärten sich als städtische Wohnungsbaugesellschaften zu Vereinbarungen mit Besetzern bereit, in denen die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt und in geordnete Bahnen gelenkt werden sollten. Das SPI setzte sich erfolgreich am 18. Dezember im Gespräch mit Innensenator Ulrich für eine verminderte Polizeipräsenz auf einer von der AL für den 20. Dezember angemeldeten Demonstration ein, die durch die Berliner Innenstadt verlaufen sollte¹⁰⁸. An deren friedfertigen Verlauf knüpften die Besetzer wiederum Hoffnungen auf die Schaffung besserer Ausgangsbedingungen für die Haftverschonung. Grund hierfür war die veränderte politische Situation, die eine Unsicherheit über künftige Konzepte des Senats verursachte. In Befürchtung einer härteren Linie sahen sich die Besetzer mit der Notwendigkeit konfrontiert, in kürzester Zeit Vertragsentwürfe zu präsentieren. Im Besetzerrat herrschte jedoch Unklarheit über die generelle Verhandlungsbereitschaft. Dort wurden unterschiedliche Strategien einzelner Häuser in Erwägung gezogen. Es bestand damit die Gefahr einer Spaltung, da die nicht zu Verhandlungen bereiten Häuser auf den Abschluss erster Verträge nach erfolgreichen

106PROFESSOREN UND ANDERE MITARBEITER DES INSTITUTS FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN: Erklärung vom 17.12.1980, abgedruckt in: Zur Instandbesetzerbewegung in Berlin: Stellungnahmen aus dem ISR der TU-Berlin, in: ARCH+ 55, Februar 1981, Seite 25.

107Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 312.

108Vgl. Vermittlung zwischen Behörden und Besetzern, in: Tagesspiegel, 19.12.1980, Seite 8.

Verhandlungen hätten reagieren müssen. Für sie boten sich entweder die Unterschrift oder die Räumung als Alternativen. Letzteres barg die Möglichkeit weiterer Gewaltakte in sich¹⁰⁹.

Auf der friedlichen Demonstration versammelten sich 10.000 Teilnehmer. Sie forderten mehr Wohnraum, eine grundlegende Änderung des Sanierungskonzeptes von Altbauten, keine Polizeieinsätze gegen Hausbesetzer und den Rücktritt des Bausenators Ristock, des Innensenators Ulrich sowie des Polizeipräsidenten Klaus Hübner. Sprecher der AL, der BI SO 36 und des Besetzerrates erneuerten die Forderung an den Senat, zur Fortsetzung der Verhandlungen die noch inhaftierten Demonstranten freizulassen¹¹⁰. Mit der großen Anzahl an Demonstranten hatte sich gezeigt, dass die Anliegen der Hausbesetzer nicht mehr ausschließlich bei der Kreuzberger Bevölkerung Unterstützung fanden¹¹¹. Aspekte der Wohnungs- und Sanierungspolitik gerieten nach neuerlichen, über die Weihnachtsfeiertage verübten Sachbeschädigungen in den Hintergrund. Zugleich blieb die Spaltung der Besetzer in Verhandler und Nichtverhandler aus, da sie befürchteten, Ziel weiterer Kriminalisierungen zu werden. Bei ihnen überlagerte die Beschäftigung mit den Haftbedingungen die Diskussionen über gesamtpolitische Lösungen sowie über die Zukunft der Häuser¹¹².

Zu Beginn des neuen Jahres erklärten sich die Behörden bereit, den Besetzerrat als Verhandlungspartner zu akzeptieren, da sich dort keine Mehrheit für gewalttätige Aktionen fand¹¹³. Stattdessen erzielte er im Konsens die Einigung, dass eine politische Lösung nur durch Entkriminalisierung erzielt werden könne. Als Zeichen zur grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft benannte er auf einer am 11. Januar 1981 in der Kirche der Heiligkreuzgemeinde ausgerichteten Diskussion über die Instandbesetzerfrage vier Vertrauenspersonen als Vermittler zwischen Senat und Besetzern¹¹⁴. Das SPI gab daraufhin seine Kompetenzen ab, die Betroffenenvertreter nutzten die Veranstaltung, um auf die tiefgehenden Probleme der Sanierungspolitik hinzuweisen. Sie forderten eine weitere Beteiligung der Mieter, Betroffenen und Besetzer an der Pla-

109Vgl. Putz am Sonnabend?, in: TAZ, 19.12.1980, Seite 16.

110Vgl. 10.000 demonstrierten gegen Wohnungsnot und Verhaftungen, in: Spandauer Volksblatt, 21.12.1980, Seite 15.

111Vgl. MULHAK, 1983, Seite 228.

112Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 312.

113Vgl. Besetzerrat wird akzeptiert, in: Abend, 06.01.1981, Seite 20.

114Namentlich Ilse Mock und Werner Orłowsky als Vertreter der Betroffenen im Sanierungsgebiet, Volker Härtig von der BI SO 36, und Lutz Borchers, Architekt. Vgl. Besetzerrat nennt seine Vermittler, in: TAZ, 12.01.1981, Seite 9.

nung und direkte Subventionen des Senats an Sanierungsbetroffene. Lokale Bedürfnisse auf Blockebene wären somit eher berücksichtigt und bessere Ergebnisse als bei der bisherigen Sanierungspraxis gewährleistet¹¹⁵.

Der Senat machte hingegen keinen Gebrauch von den zur Verfügung stehenden Mitteln wie der Freilassung der Gefangenen, der Weisungsbefugnis des Justizsenators an die Staatsanwaltschaft bei Haftprüfungsterminen oder der Möglichkeit eines Amnestiegesetzes. Im Besetzerrat wuchs daher die Skepsis gegenüber dessen Interesse an einer politischen Lösung des Konfliktes¹¹⁶. Mit dieser Begründung brach auch das seit November 1980 besetzte „Kerngehäuse“ in der Cuvrystraße am 14. Januar 1981 die bereits vor dem 12. Dezember 1980 weitestgehend abgeschlossenen Verhandlungen über eine Legalisierung ab und erklärte sich mit den restlichen Hausbesetzern solidarisch¹¹⁷.

3.4 Der Aufschwung der Hausbesetzer-Bewegung

Der Senat geriet aufgrund der öffentlichen Kritik an den durch die Instandbesetzungen aufgedeckten Schwächen der Wohnungspolitik und dem Garski-Skandal¹¹⁸ in eine Regierungskrise. Daraufhin legten zunächst mehrere Senatoren ihre Ämter nieder¹¹⁹, am 15. Januar 1981 trat der gesamte Senat zurück¹²⁰. Der bis dato als Bundesjustizminister amtierende Hans-Jochen Vogel übernahm am 23. Januar 1981 das Amt des Regierenden Bürgermeisters. AL und CDU initiierten erfolgreiche Volksbegehren für Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, deren

115Vgl. ebd.

116Vgl. BESETZERRAT: Das heimliche Fest der Schöneberger Heiligen oder Die Wahrheit über das Interesse an einer Lösung des Konflikts, Flugblatt, Berlin 1981, abgedruckt in: ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS 12. DEZEMBER, 1981, Seite 110.

117Vgl. KERNGEHÄUSE: Öffentliche Erklärung des Kerngehäuses zum vorläufigen Abbruch der Verhandlungen, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 1/1981 (unsign.).

118Hierbei handelte es sich um einen zur Baufinanzierung von Projekten in Saudi-Arabien bestimmten Kredit über 128,3 Mio. DM an die Firma „Bautechnik“ des Unternehmers Dietrich Garski, für den der Berliner Senat eine Bürgschaft in Höhe von 115 Mio. DM übernommen hatte. Aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten hatte Garski sich ins Ausland abgesetzt. Vgl. SKIERKA, VOLKER: Die Bürgschaft einer Fata Morgana, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.1980, Seite 3.

119Zunächst trat Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) am 5. Januar 1981 zurück. Vgl. Riebschläger tritt zurück: Senatumbildung hat begonnen, in: Spandauer Volksblatt, 06.01.1981, Seite 9. Ihm folgten am 7. Januar der Bürgermeister und Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder (FDP) sowie Bausenator Ristock am 8. Januar. Vgl. Ristock warf das Handtuch, in: Spandauer Volksblatt, 09.01.1981, Seite 11.

120Vgl. MÜLLER, MICHAEL LUDWIG: Stobbe gestürzt! SPD sucht neuen Mann – CDU: Sofort Neuwahlen!, in: Berliner Morgenpost, 16.01.1981, Seite 1.

Termin auf den 10. Mai 1981 festgesetzt wurde. Sämtliche Parteien waren vor die Notwendigkeit gestellt, für den bevorstehenden Wahlkampf Konzepte zu einer Wende in der Wohnungspolitik und zum Umgang mit der Hausbesetzer-Szene zu entwerfen¹²¹.

Unterdessen wuchs das Selbstbewusstsein der Szene, deren Expansion sich in der gehäuften Besetzung leerstehender Häuser in anderen Bezirken zeigte. Weitere Räumungen blieben aus: Die Besetzer hatten die Aufmerksamkeit auf den durch wohnungspolitische Fehler verursachten Leerstand gelenkt und daher zur Entstehung des Machtvakuum beigetragen. Somit ließ sich das von der CDU geforderte harte Durchgreifen nicht legitimieren. Zugleich wuchs die Zahl der Sympathisanten, die den Besetzern neben ideeller auch materielle Unterstützung in Form von Sach- und Geldspenden zuteil werden ließ¹²². Mitglieder der BI SO 36 und diverser Kreuzberger Mieterläden sahen in den Neuwahlen die Gelegenheit, die Forderung nach einer grundsätzlich neuen Wohnungspolitik in den parlamentarischen Diskurs einzubringen und ließen sich daher als Kandidaten der AL für das Abgeordnetenhaus und die BVV-Kreuzberg aufstellen¹²³. Diese hatte bereits den Appell des Besetzerrates nach Amnestie und Entkriminalisierung übernommen und sich gegen eine Kategorisierung der Besetzer in „Idealisten, Wirrköpfe oder Kriminelle“¹²⁴ ausgesprochen. Sie distanzierte sich allerdings nicht von der Gewalt, die sie zur Lösung des Konfliktes zwar ablehnte, jedoch als Mittel zur Abwehr befürwortete, sobald man ihr direkt ausgesetzt sei¹²⁵.

3.5 Konzepte des neuen SPD-Senats zur Mäßigung des Protestes

In seiner ersten Arbeitssitzung am 27. Januar 1981 definierte der SPD-Interims-Senat die Hausbesetzungen nicht nur als Rechtsproblem, sondern zusätzlich als eine gesellschaftliche Frage höchsten Ranges, die das Resultat aus Unterlassungen und politischen Entscheidungen darstelle. Somit hatte er die Versäumnisse der Wohnungsbaupolitik der vergangenen Jahrzehnte eingestanden,

121Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 314.

122Vgl. MULHAK, 1983, Seite 230.

123Vgl. Bürgerinitiativler kandidieren mit der AL, in: Südost-Express, 4/1981, Seite 9.

124ALTERNATIVE LISTE KREUZBERG: Wer Gewalt sät..., in: Igel Info 5, Februar 1981, Seite 1.

125Vgl. ebd.

eine Sonderkommission sollte Konzepte zur Lösung des Konfliktes erarbeiten. Der Senat signalisierte zugleich die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft gegenüber den Besetzern, verdeutlichte jedoch, dass Vorbedingungen wie die Freilassungen der Inhaftierten nicht akzeptiert würden. Damit sollte der Entstehung und Ausbreitung weiterer rechtsfreier Räume Einhalt geboten und die Souveränität des Senats gewahrt werden¹²⁶. Als wohnungspolitische Sofortmaßnahme verabschiedete er am 3. Februar 1981 ein Sonderinstandsetzungsprogramm in Höhe von 20 Mio. DM¹²⁷. Es stützte sich auf den institutionellen Rahmen des StBauFG und griff mit der Intention, Wohnungsleerstand abzubauen und weiteren zu vermeiden sowie den Mangel an preiswerten Wohnungen zu kompensieren, zentrale Forderungen von Besetzern, Mieter- und Bürgerinitiativen auf¹²⁸.

Erste Urteile gegen Sympathisanten und Aktivisten der Instandbesetzer¹²⁹ provozierten Ende Januar 1981 hingegen neue Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Protestierenden. Sie dehnten sich auf das gesamte Stadtgebiet aus, erneut gingen Fensterscheiben von Bankfilialen und Geschäften zu Bruch. In Anbetracht dieser neu entfachten Krawalle vermutete die Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei eine Verbindung zwischen der Hausbesetzer-Szene und terroristischen Kreisen. Sie prüfte daher, zukünftige Ermittlungsverfahren unter dem Paragraphen 129 einzuleiten, der die Verurteilung aufgrund der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermöglichte¹³⁰. Infolgedessen verstärkte sich das Misstrauen der Szene gegenüber der vom Senat geäußerten Absicht, den Konflikt auf friedliche Weise durch Verhandlungen lösen zu wollen und sie

126Vgl. Unkonventionelle Wege des Senats bei der Stadtsanierung, in: Volksblatt Berlin, 28.01.1981, Seite 11.

127Vgl. VON BRACHT, DAGMAR: Jetzt 20 Millionen Mark für noch leerstehende Wohnungen, in: Volksblatt Berlin, 04.02.1981, Seite 9.

128Vgl. SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: 15. Bericht über die Stadterneuerung, 1.1.1980-31.12.1981, Berlin 1982, Seite 188.

129Am 26. Januar 1981 wurde Manfred Wetzel, der am 1. Mai 1980 bei der Demonstration am Oranienplatz festgenommen worden war, aufgrund seiner Tätlichkeit gegen einen Polizisten zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt. Vgl. HÄRLIN, BENNY: Zweieinhalb Jahre für Manne Wetzel, in: TAZ, 27.01.1981, Seite 16. Guido Weitz erhielt aufgrund seiner Beteiligung an den Dezember-Krawallen am 29. Januar 1981 14 Monate ohne Bewährung. Vgl. „Vom Bullenexzess zur Justizorgie“, in: TAZ, 02.02.1981, Seite 15. Zum Prozess siehe: AUST, STEFAN: Die Sprache der Gewalt. Ein „Steinewerfer“ vor Gericht, in: AUST / ROSENBLADT, 1981, Seite 7-23.

130Vgl. Berlin: Sind Polit-Rocker eine kriminelle Vereinigung?, in: Berliner Morgenpost, 03.02.1981, Seite 1.

befürchteten eine Fortsetzung der Kriminalisierungsstrategie¹³¹.

Angesichts der Gefahr einer neuerlichen Verschärfung der Situation erweiterte sich der Kreis, der die Forderungen nach Amnestie für die strafrechtlich Verfolgten aufstellte: Auf einer Pressekonferenz am 2. Februar 1981 erklärten die dem Vermittlerkreis angehörigen Betroffenenvertreter, dass die hinter den Instandbesetzungen stehenden Probleme nicht durch formaljuristische Maßnahmen gelöst werden könnten. Diese Ansicht fand die Unterstützung des Superintendenten der Evangelischen Kirchen Kreuzbergs sowie Sprechern des Besetzerrates und der IBA¹³². Die AL zeigte sich über die Urteile empört und erneuerte ihre Solidarität mit den Instandbesetzern, indem sie eine Lösung abseits von Gerichten und Polizeieinsätzen sowie die Amnestie für die Inhaftierten forderte. Wie nach den Ereignissen des Dezember 1980 schloss sie sich dem Aufruf einer für den 7. Februar 1981 angemeldeten Demonstration an. In ihm wurde eine Revision der Urteile, die Einstellung aller Verfahren und eine grundsätzliche Änderung der Wohnungs- und Sanierungspolitik gefordert¹³³. Der friedliche Verlauf und die Anzahl von 10.000 Teilnehmern zeigten erneut das über die Szene hinausgehende Mobilisierungspotential¹³⁴. Darüber hinaus fand eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Kreuzberger Instandbesetzern und Mieterläden statt: In Verbindung mit der Mobilisierung zur Demonstration rief bspw. der Mieterladen in der Waldemarstraße den Selbsthilfefonds für Instandsetzung ins Leben und zu Geld- nebst Materialspenden auf. Diese sollten ausschließlich von den Bewohnern der besetzten Häuser verwendet und von den Betroffenenvertretern sowie dem Besetzerrat verwaltet werden¹³⁵. Mit Unterstützung von AL, Professoren sowie Kreuzberger Mieterläden und Pfarrern gründete die Szene in der besetzten Mariannenstraße 40-41 einen Bauhof. Er sollte der Lagerung von Bau- und Renovierungsmaterialien und zur Einrichtung eines Werkzeugverleihs nebst Werkstätten dienen und dadurch die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten erleichtern. Zudem wollte die Szene hiermit darlegen, dass die Betroffenen für die Reparatur ihrer Häuser am besten geeignet

131Vgl. LEGNER, JOHANN: Kriminalisierung um jeden Preis?, in: TAZ, 02.02.1981, Seite 5.

132Vgl. HÄRLIN, BENNY: Appell für Amnestie, in: TAZ, 03.02.1981, Seite 16.

133Vgl. ALTERNATIVE LISTE / BESETZERRAT / NETZWERK: Wer ist in dieser Stadt kriminell?, in: TAZ, 06.02.1981, Seite 18.

134Vgl. Rund 10.000 demonstrierten gegen die Wohnungspolitik, in: Tagesspiegel, 08.02.1981, Seite 15.

135Vgl. MIETERLADEN WALDEMARSTRASSE 29: Wir reparieren unseren Kiez jetzt selber!, in: TAZ, 06.02.1981, Seite 20.

seien¹³⁶. Diese Bemühungen fanden außer in der linksalternativen auch bei der liberaleren Presse Erwähnung¹³⁷, konservative Blätter konzentrierten sich auf Sachbeschädigungen oder kleinere Auseinandersetzungen mit der Polizei¹³⁸.

Einen Kontrast zu deren Berichterstattung bildete die kritische Auseinandersetzung von Mieter- und Bürgerinitiativen mit den Sofortmaßnahmen des Senats in der linksalternativen und der lokalen Kreuzberger Presse. Dort bezeichnete die BI SO 36 das Sonderinstandsetzungsprogramm des Senats als Makulatur, da sich dessen Förderung lediglich auf 2.000 Wohnungen in Sanierungserwartungsgebieten beschränkte. Ihnen standen nach Schätzungen des Berliner Mietervereins 20.000 leerstehende Wohnungen bei 70.000 Wohnungssuchenden gegenüber. Darüber hinaus bemängelte sie die fehlenden finanziellen Zuwendungen für Instandbesetzer, die der Bausenator von der Legalisierung der Häuser abhängig machte. Schließlich kritisierte sie die konservative Presse und die Staatsanwaltschaft, da diese die Kriminalisierung der Besetzer vorantreiben und somit die Realisierung vielversprechender Lösungsansätze wie die Mieterselbsthilfe oder Kultur- und Sozialprojekte verhindern würde¹³⁹.

Im Berliner Abgeordnetenhaus wurde am 12. Februar 1981 nach der Regierungserklärung Hans-Jochen Vogels, in der dieser die „*Fehlentwicklungen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik*“¹⁴⁰ eingestanden hatte, auf Initiative der SPD und FDP über die Hausbesetzungen debattiert. Dabei zeigten sich bereits die Grundzüge der Wahlkampfaussagen bei den Sozial- und Christdemokraten. Walter Momper räumte als Abgeordneter der Kreuzberger SPD die begangenen wohnungspolitischen Fehler ein, die zur Unglaubwürdigkeit der Regierung geführt hätten. Er erkannte in den Gewalttaten der Hausbesetzer das Bedürfnis, sich Gehör zu verschaffen. Daher sei die Aufmerksamkeit sämtlicher Parteien erforderlich, um die Ursachen für die Rechtsverletzungen zu beseitigen. Die Fraktion der CDU betonte die alleinige Verantwortung des SPD-Senats für den Leerstand, sprach sich jedoch für eine rigide Beseitigung der als Rechtsbrüche bezeichneten Hausbesetzungen aus, deren Duldung dem Bürger

136Vgl. HÄRLIN, BENNY: Bauhof besetzt und gegründet, in: TAZ, 10.02.1981, Seite 16.

137Vgl. Hausbesetzer richten Bauhof ein, in: Tagesspiegel, 10.02.1981, Seite 11.

138Vgl. Laster, Bretter, Transparente, in: Berliner Morgenpost, 11.02.1981, Seite 4.

139Vgl. So tun als ob – bis zur Wahl, in: Südost-Express, 3/1981, Seite 18.

140VOGEL, HANS-JOCHEN: Richtlinien der Regierungspolitik, in: Plenarprotokolle des Abgeordnetenhauses von Berlin, 8. Wahlperiode, 47. Sitzung vom 12.02.1981, Seite 1990-2000 (Im Folgenden: REGIERUNGSEKKLÄRUNG VOGEL, 1981), Seite 1994.

nicht länger zugemutet werden könne¹⁴¹. Innensenator Dahrendorf erkannte hingegen die Gefahr der drohenden Eskalation durch weitere Räumungen. Er betonte hierbei, dass sich die Polizei diesbezüglich nach den Stellungnahmen des im Vogel-Senat als Bausenator amtierenden Peter Ulrich richten wolle. Dieser strebte Verhandlungsgespräche zwischen Vermittlerkreis und Senat an. Um diese Kontakte nicht zu unterbrechen, erklärte er, dass trotz der zunehmenden Besetzungen nicht mit weiteren Räumungen zu rechnen sei¹⁴².

Dies trug bereits die Grundzüge der von Vogel entwickelten „*Berliner Linie der Vernunft*“¹⁴³: Er hatte in dieser angespannten Situation die Notwendigkeit erkannt, dass eine friedliche Lösung des Konfliktes nur durch Deeskalation herbeizuführen sei. Auf Kurzfristigkeit bzw. Wahlkampfaktik angelegte Konzepte wie die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung durch eine rigide Räumungspolitik oder die verstärkte Hinwendung zu Sanierungs- und Stadterneuerungsfragen kamen für ihn nicht in Betracht¹⁴⁴. Die wenige Tage nach der Regierungserklärung durch den Innensenator an den Landespolizeidirektor übermittelte politische Vorgabe stellte den formalen Rahmen der „Berliner Linie“ dar. Sie sollte einerseits zur Entspannung der Situation und andererseits zum gegenseitigen Verständnis bei Besetzern und Polizei beitragen. Zwar sollten Neubesetzungen verhindert, bereits besetzte Häuser jedoch nicht geräumt werden, außer wenn der Eigentümer Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs stellen und daher die Räumung erbitten würde. Bei der Räumung sollte wiederum der Eigentümer anwesend sein und durch Verträge und Genehmigungen belegen, dass die Durchführung und Finanzierung geplanter Sanierungsmaßnahmen gesichert ist. Im Zusammenhang mit besetzten Häusern stehende begangene Straftaten seien weiterhin zu verfolgen. Vor der Prüfung weiter zurückliegender Taten sollte erst die Gesamtsituation beurteilt sowie sämtliche Umstände gewürdigt und abgewogen werden¹⁴⁵. Mit dem Appell, von weiterer Gewaltanwendung abzusehen, da sonst die Entwicklung dieser Lösung erschwert würde, vollzog Vogel die endgültige Differenzierung in den friedlichen und gewaltberei-

141Vgl. Debatte über die Hausbesetzungen, in: Tagesspiegel, 13.02.1981, Seite 8.

142Vgl. LEGNER, JOHANN: Nachgeben und Strafen, in: TAZ, 13.02.1981, Seite 16.

143SONNEWALD / RAABE-ZIMMERMANN, 1983, Seite 63.

144Vgl. SONNEWALD / RAABE-ZIMMERMANN, 1983, Seite 63f.

145Vgl. DAHRENDORF, FRANK: Die politische Vorgabe des Innensensors, in: PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DES LANDES BERLIN (HRSG.): Bericht der Kommission zur Überwindung von Fehlentwicklungen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik und zur Sicherung des Gemeinschaftsfriedens über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 27. Januar 1981 bis zum 10. Juni 1981, Berlin 1981.

ten Teil der Bewegung¹⁴⁶.

Die Instandbesetzungen hatten sich innerhalb weniger Wochen zum militanten Häuserkampf ausgeweitet, der mit anderen Protestbewegungen wie der Friedens- oder der Anti-Atomkraft-Bewegung assoziiert wurde¹⁴⁷. Aufgrund des durch die Gewalt entstandenen Medieninteresses entstand seitens der Besetzer das Bewusstsein, dass sich Militanz bei der Forderung nach der Schaffung eigener Strukturen, Freiräume und einer Gegenkultur als hilfreiches Mittel erweisen könne. Dies gipfelte in der Erklärung eines „Vorläufigen Rates“ der „Autonomen Republik Neukölln Kreuzberg“. Er sah den Parlamentarismus angesichts der Senatskrise gescheitert und wollte stattdessen eine von den Bewohnern direkt gewählte Selbstverwaltung bilden, um sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen¹⁴⁸. Damit hatte sich der ursprünglich wohnungspolitische Protest um radikale Forderungen nach Errichtung selbstverwalteter Strukturen, Freiräumen und einer eigenen Gegenkultur sowie dessen Trägerschaft erweitert.

4 Die Bewegung zwischen Offensive und Defensive

Die Radikalisierung und Expansion des Protestes erforderte eine entsprechend differenzierte Lösung. Daher gingen neben wohnungs- auch jugend-, sozial- und sicherheitspolitische Elemente in die von Vogel entwickelte „Berliner Linie“ ein. Sie sollte vorrangig der Entschärfung des Konfliktes dienen und die Verhandlungsbereitschaft der Besetzer wiederherstellen. Dabei legte sie den Grundstein für weitere Debatten zwischen den im Senat vertretenen Parteien. Die Diskussionen thematisierten den Umgang mit der Gruppierung, welche die Aufmerksamkeit auf die Ursachen der Wohnungsmisere gelenkt hatte und sich aufgrund ihrer wachsenden Popularität mit ihrer Rolle als städtische Opposition auseinandersetzen musste.

146Vgl. REGIERUNGSERKLÄRUNG VOGEL, 1981, Seite 1994f.

147Vgl. MULHAK, 1983, Seite 230.

148Vgl. AUTONOME REPUBLIKEN NEUKÖLLN KREUZBERG – VORLÄUFIGER RAT: Presseerklärung vom 18.01.1981, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 01/1981 (unsign.).

4.1 Die Grenzen des Wachstums und die Verhältnismäßigkeit der Mittel

In den Sitzungen des Besetzerrates traten die mit dem Wachstum der Bewegung verbundenen Probleme zutage: Detaillierte Diskussionen um einzelne Häuser waren aufgrund der Ausweitung der Besetzungen auf andere Bezirke und der Heterogenität der Standpunkte nicht mehr möglich. Daher wurde während eines Seminars am 21. und 22. Februar 1981 der Beschluss gefasst, dass sich regionale Räte in den Bezirken mit der Klärung organisatorischer Fragen befassen sollten. Die Behandlung übergeordneter Themen blieb weiterhin dem Besetzerrat aller Häuser vorbehalten. Für die Szene offenbarten die zunehmenden Neubesetzungen ein vermeintliches Machtvakuum und somit die Handlungsunfähigkeit des unter Druck geratenen Senats. Aus der Hoffnung, den Senat zum Einlenken bewegen zu können, hielt der Rat die Forderung nach Freilassung der Inhaftierten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen weiterhin aufrecht. Andererseits kamen Zweifel hinsichtlich der realistischen Selbsteinschätzung¹⁴⁹ und am Automatismus der zum Ritual erstarrenden Gewalt, dem wohnungspolitische Ziele zum Opfer fallen würden, auf¹⁵⁰.

Während sich die Positionen im Besetzerrat manifestiert hatten, entzündete sich an den Auffassungen zur Anwendung der „Berliner Linie“ ein Konflikt zwischen Polizeipräsident Hübner und der Staatsanwaltschaft. Dieser spiegelte sich ebenfalls in den Debatten des Abgeordnetenhauses wider: Hübner hatte seine Ablehnung der Vollstreckung eines richterlichen Durchsuchungsbefehls für die Luckauer Straße 3 in Kreuzberg mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit begründet und wurde darin von Innensenator Frank Dahrendorf (SPD) sowie Justizsenator Gerhard Moritz Meyer (FDP) bestätigt. Nach diesem Prinzip stand die Vollstreckung des Durchsuchungsbefehls der Gefahr weiterer Unruhen gegenüber¹⁵¹. Dies bot der Opposition neben der weiterhin wachsenden Zahl der Besetzungen Anlass zu starker Kritik: Richard von Weizsäcker hatte als Spitzenkandidat der CDU bereits bei der Eröffnung des Wahlkampfes erklärt, dass weitere Hausbesetzungen weder begünstigt noch hingenommen und

149Vgl. HARLIN, BENNY: Strukturprobleme, in: TAZ, 23.02.1981, Seite 16.

150Vgl. Wie geht's weiter?, in: TAZ, 03.02.1981, Seite 16.

151Vgl. Kühle Köpfe, um blutige zu vermeiden, in: Frankfurter Rundschau, 07.03.1981, Seite 3.

andere besetzte Häuser bei ergebnislosen Verhandlungen über Ersatzangebote geräumt werden sollten¹⁵². Er nahm die neuerlichen Besetzungen und die Zurückhaltung des Polizeipräsidenten als Ausdehnung des rechtlosen Raumes wahr, die eine Lösung des Konfliktes als zunehmend schwieriger gestalten würden¹⁵³. Weitere, durch die Räumung zweier besetzter Häuser in Kreuzberg verursachte Tumulte in der West-Berliner Innenstadt¹⁵⁴ führte von Weizsäcker auf die „Linie des Verschiebens“¹⁵⁵ zurück und stellte erneut die Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel in Frage¹⁵⁶.

Zusätzlich motivierte das rigorose Vorgehen von Politik und Polizei gegen Hausbesetzungen in westdeutschen Bundesländern¹⁵⁷ die Opposition, ein entschiedeneres Durchgreifen gegen nach wie vor nicht zu Verhandlungen bereite Hausbesetzer zu fordern. Daher sah sich der Senat der Notwendigkeit zur Wiederherstellung der eigenen Autorität gegenüber. Er widersprach nicht der Vollstreckung zweier Durchsuchungsbefehle für drei Häuser am Fraenkelufer, die ein großes Polizeiaufgebot am 24. März 1981 ausführte. Dies endete mit der Festnahme aller Besetzer, der sich anschließenden faktischen Räumung und der baulichen Verriegelung der Häuser¹⁵⁸ sowie weiteren Konfrontationen zwischen Demonstranten und Polizei¹⁵⁹. Die konservative Presse bewertete die Aktion als Erfolg: Sie begrüßte die Beilegung des Konfliktes zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei und sah das in den vergangenen Wochen verfolgte Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel eingeschränkt¹⁶⁰. Demgegenüber äußerte der Berliner Mieterverein deutliche Kritik am Senat, der mit dieser Vorgehensweise seine Glaubwürdigkeit als Gesprächspartner bei Betroffenen und Mieterorganisationen beschädigt habe¹⁶¹.

In der Hausbesetzer-Szene zeigte sich aufgrund der Räumungen, dass die vom

152Vgl. Weizsäcker: „Der rechtslose Raum dehnt sich ständig aus“, in: Berliner Morgenpost, 24.02.1981, Seite 1f..

153Vgl. Verhalten des Polizeipräsidenten stieß auf harte Kritik, in: Tagesspiegel, 01.03.1981, Seite 15.

154Vgl. Bei Räumung eines Hauses in Kreuzberg zunächst 40 Festnahmen, in: Tagesspiegel, 11.03.1981, Seite 1.

155„Gefahr von Krawallen wächst“, in: Berliner Morgenpost, 12.03.1981, Seite 2.

156Vgl. ebd.

157Vgl. Politische Auseinandersetzungen über Vorgehen der Polizei und der Justiz, in: Tagesspiegel, 10.03.1981, Seite 1.

158Vgl. Die bayerische Linie für Berlin, in: TAZ, 25.03.1981, Seite 4.

159Vgl. Katz und Maus in Kreuzberg, in: Tagesspiegel, 26.03.1981, Seite 15.

160Vgl. STEIN, MARTIN: Der Erfolg, in: Berliner Morgenpost, 26.03.1981, Seite 2.

161Vgl. Haftbefehl gegen fünf Rowdys, in: Volksblatt Berlin, 26.03.1981, Seite 12.

Besetzerrat, jedoch nicht von allen Häusern geteilte Strategie des Nichtverhandelns keine Wirkung gezeigt und der Senat zu neuer Stärke zurückgefunden hatte. Zudem befürchteten Teile der Besetzer bei einer Fortsetzung des Kreislaufes aus Räumung und Gewalt eine Sackgasse für die Bewegung, da weitere Eskalationen die aus der Bevölkerung entgegengebrachten Sympathien gefährden könnten¹⁶². Daher nahm der Besetzerrat Diskussionen über neue Modelle zur Legalisierung der Häuser auf, initiiert durch die Vorstellung des Treuhandmodells durch den nun als Vermittler tätigen Werner Orłowsky am 29. März 1981. Es sah vor, die besetzten Häuser aus der Verfügung der Eigentümergesellschaften auszuklammern und einer selbstbestimmten Treuhandverwaltung zu unterstellen. Damit sollte die Gefahr weiterer Räumungen minimiert und den Häusern die Möglichkeit geboten werden, ohne Zeitdruck verschiedenartige Lösungsvorschläge entwickeln zu können¹⁶³. Der Besetzerrat hielt seine Linie der Verweigerungshaltung gegenüber dem Senat weiterhin aufrecht. Er signalisierte jedoch mit der Debatte um mögliche Legalisierungsmodelle, dass die Offenheit für mögliche Lösungen und somit eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft vorhanden sei¹⁶⁴.

Zwar wurde diese Bereitschaft durch einen Polizeieinsatz am 7. April 1981 gefährdet, nachdem fünf besetzte Häuser durchsucht und der gesamte Besetzerrat in der Luckauer Straße 3 festgenommen worden waren. Jedoch kam es anders als in den vergangenen Monaten zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen¹⁶⁵. Ebenfalls friedlich verlief eine Großdemonstration am 11. April, die zur Solidarität mit den Hausbesetzern und einer wirklichen Wende in der Wohnungspolitik aufrief¹⁶⁶. Im Besetzerrat konnte indes trotz der weiteren Diskussion über die verschiedenen Modelle in Bezug auf die Verhandlungsfrage kein klarer Beschluss zu einer einheitlichen Linie gefasst werden¹⁶⁷. Stattdessen erwartete er eine Verschärfung der „Berliner Linie“ nach den Wahlen. Dies und die fortgesetzte Kriminalisierung ließ ihn erneut die politische Offensive ergreifen. Er erklärte, sich vom Wahltermin nicht unter Druck setzen zu lassen¹⁶⁸. Besetzer des Kreuzberger „Turms“ regten die Bildung von Blockräten an. Diese

162Vgl. SONTHEIMER, MICHAEL: Bewegung und Erstarrung, in: TAZ, 11.03.1981, Seite 16.

163Vgl. ORŁOWSKY, WERNER: Das Treuhandmodell, in: ARCH+ 61, Februar 1982, Seite 46f.

164Vgl. Wahlkampfende aus dem Häuserkampf, in: TAZ, 01.04.1981, Seite 4.

165Vgl. „Nur staatsanwaltliche Maßnahmen“, in: TAZ, 08.04.1981, Seite 16.

166Vgl. SONTHEIMER, MICHAEL: Über 20.000 spazierten in der Frühlingssonne, in: TAZ, 13.04.1981, Seite 16.

167Vgl. Besetzerrat-Krisenstab, in: Instand-Besetzer-Post 7&8, 30.04.1981, Seite 6.

168Vgl. Suche nach Lösungen, in: TAZ, 28.04.1981, Seite 4.

sollten die Zusammenarbeit zwischen Besetzern und Mietern thematisieren und somit die Öffentlichkeitsarbeit optimieren. Die Besetzer sollten dadurch besser in ihre unmittelbare Umgebung integriert werden. Zudem sollten die aufgrund des Konfliktes um die Inhaftierten vernachlässigten zentralen Forderungen in Bezug auf Wohnungspolitik und Selbstbestimmung erneut in den Mittelpunkt rücken. Der Besetzerrat versprach sich von diesen Schritten eine Stärkung seiner Position gegenüber dem Senat bei Verhandlungen über provisorische Regelungen¹⁶⁹. Anfang Mai 1981 stimmte er aufgrund des nahenden Wahltermins den Verhandlungen über das Treuhandmodell zu. Vermittlerkreis und Senat nahmen daraufhin die Gespräche über die Gestaltung eines Treuhändervertrages auf¹⁷⁰.

4.2 Neue Voraussetzungen nach den Wahlen

Durch die Wahlen am 10. Mai 1981 veränderten sich die politischen Konstellationen¹⁷¹: Die amtierende SPD-/FDP-Koalition verlor ihre Mehrheit, die AL zog in das Abgeordnetenhaus ein und die CDU regierte ab dem 11. Juni unter einem von der FDP gestützten Minderheitssenat mit Richard von Weizsäcker als Regierendem Bürgermeister¹⁷². In Kreuzberg konnte die CDU den Bezirksbürgermeister stellen. Für die AL hatte sich durch das außerordentlich erfolgreiche Wahlergebnis die Möglichkeit ergeben, einen Stadtratsposten im Bau- und Wohnungsressort beanspruchen zu können¹⁷³. Diesen nahm der Betroffenenvertreter und Vermittler Werner Orlowsky ab dem 30. Juni 1981 ein¹⁷⁴.

Am 16. Juni formulierte der CDU-Senat seine Grundsätze der „Berliner Linie“, die eine Vermeidung von Neubesetzungen sowie Räumungen besetzter Häuser nur bei Strafantrag und eines Verwendungsnachweises des Eigentümers vorsahen. Zudem sollten das Prinzip der Verfolgung von Straftaten und richterliche Anordnungen konsequent angewandt werden. An den neuen Bausektor Ulrich Rastemborski (CDU) erging zur Lösung des Konfliktes der Auftrag, ein wohnungs- und nutzungspolitisches Konzept für die Verwendung leerste-

169Vgl. Unsere Stärke liegt im „Kiez“, in: TAZ, 29.04.1981, Seite 6. Fortsetzung in: TAZ, 30.04.1981, Seite 5.

170Vgl. HÄRLIN, BENNY: Verhandlungen begonnen, in: TAZ, 06.05.1981, Seite 16.

171Siehe Anhang B für die Wahlergebnisse.

172Vgl. Weizäckers Senat gewählt und vereidigt, in: Tagesspiegel, 12.06.1981, Seite 1.

173Vgl. Igel mit Stadtratsposten, in: Südost-Express, 6/1981, Seite 5.

174Vgl. Nutzungsverträge gnädiglich, in: TAZ, 02.07.1981, Seite 3.

henden Wohnraums und eine Bestandsaufnahme sämtlicher besetzter Häuser zu erstellen. Darüber hinaus wollte der Senat die Gespräche mit dem Vermittlerkreis fortsetzen und die unter dem Vogel-Senat entwickelten Legalisierungskonzepte neben den Interessen der Besetzer berücksichtigen. Zugleich sollte die zu Beginn des Jahres kritisierte Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei unter der Führung Hübners verbessert werden. Eine eigens für Besetzungen zuständige Senatskommission war hingegen nicht vorgesehen¹⁷⁵.

Aufgrund der wachsenden Ungewissheit über weitreichende Räumungen und von Zweifeln bezüglich der potentiellen Verteidigung besetzter Häuser aus der Szene heraus warb ein Teil der Hausbesetzer für die Übernahme von Patenschaften: Anfangs erklärten sich prominente Intellektuelle und Künstler dazu bereit, es folgten Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen – bspw. Organisationen wie der Berliner Mieterverein und die IBA sowie Kirchengemeinden, Universitätsinstitute und Betriebsgruppen der Gewerkschaften. Sie erklärten sich öffentlich mit den Besetzern und deren Anliegen solidarisch und offerierten finanzielle Hilfe nebst ihrer Arbeitskraft. Durch bereits bestehende Netzwerke waren die Paten beim Aufbau einer kommunikativen Infrastruktur behilflich, die den Kontakt zur Bevölkerung wieder herstellen konnte und somit eine drohende Isolation der autark agierenden Szene erfolgreich vermied¹⁷⁶. An das durch die Patenschaften entstandene breite gesellschaftliche Bündnis knüpften die Besetzer die Hoffnung, dem CDU-Senat die Fortsetzung der Räumungspolitik sowie der bisherigen Sanierungspraxis zu erschweren¹⁷⁷.

Stattdessen verhärtete sich der Konflikt erneut, als der Senat die Anzahl der Polizeieinsätze erhöhte. Sie konzentrierten sich anfangs auf Durchsuchungen wegen des Verdachts auf unbefugte Energieentnahme¹⁷⁸. Daher mobilisierten diverse Bezirksbesetzerräte, BI SO 36 und AL zu einer Großdemonstration gegen die Fortsetzung der Kriminalisierung und für eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik zum Rathaus Schöneberg am 25. Juni 1981¹⁷⁹. Jedoch fand

175Vgl. Senat will „Berliner Linie“ gegenüber Hausbesetzern fortsetzen, in: Tagesspiegel, 17.06.1981, Seite 1.

176Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 320.

177Vgl. Paten für besetzte Häuser, in: TAZ, 16.06.1981, Seite 15.

178Vgl. HÄRLIN, BENNY: Durchsuchungen wegen „Stromklau“, in: TAZ, 10.06.1981, Seite 16 / Vgl. HÄRLIN, BENNY: Durchsuchungen in Kreuzberg, in: TAZ, 16.06.1981, Seite 16 / Vgl. HÄRLIN, BENNY: Polizisten hausten wie Vandalen, in: TAZ, 19.06.1981, Seite 20.

179Vgl. BERLINER JUNGDEMOKRATEN ET AL.: Alle kommen zur Demo... und wehe eine(r) fehlt!, Flugblatt, Berlin 1981, abgedruckt in: TAZ, 25.06.1981, Seite 13.

drei Tage zuvor die Räumung des für eine Luxusmodernisierung vorgesehenen Hauses in der Mittenwalder Straße 45 sowie die Durchsuchung des der Szene als Treffpunkt dienenden „KuKuCK“¹⁸⁰ statt. Während der Demonstration provozierte dies neben der Überschreitung der aufrecht erhaltenen Bannmeile um das Rathaus neuerliche, in ihrem Ausmaß mit den Geschehnissen des 12. Dezember 1980 vergleichbare Gewaltausbrüche¹⁸¹. Anschließend mehrten sich die kritischen Berichterstattungen über den Einsatz: Die „Tageszeitung“ ergriff für die Demonstranten Partei und tadelte das abermals harte Vorgehen der Polizei¹⁸². Der liberal-konservative „Tagesspiegel“ rügte hingegen die Beschlagnahmung des Filmmaterials zur Demonstration vom Sender Freies Berlin (SFB) sowie des ZDF durch die Staatsanwaltschaft und wertete dies als Eingriff in die Pressefreiheit¹⁸³.

Innerhalb der CDU hatte sich indessen eine Debatte um die endgültige Lösung der Hausbesetzerproblematik entwickelt: Innensenator Heinrich Lummer reduzierte die „*demonstrativen Aktionen der Hausbesetzer*“¹⁸⁴ auf die wohnungspolitischen Motive. Er erklärte daher, dass keine Notwendigkeit für weitere derartige Demonstrationen bestünde, da „*dieser Senat [...] das Problem erkannt*“¹⁸⁵ hätte. In der Demonstration vom 25. Juni sah er lediglich einen Vorwand für weitere, bewusst provozierte Krawalle¹⁸⁶. Bausenator Rastemborski wollte hingegen den Bewohnern besetzter Häuser die Möglichkeit eröffnen, Nutzungsverträge abzuschließen, wobei dies lediglich in Ausnahmefällen geschehen und nicht zum Regelfall avancieren sollte. Er sah hierzu weitere Gespräche mit dem Vermittlerkreis vor. Dessen mit dem SPD-Interims-Senat ausgehandelte Treuhandverträge lehnte er jedoch mit der Begründung ab, dass Rechtsbrüche nicht pauschal legalisiert werden könnten¹⁸⁷. Stattdessen sicherte der CDU-Senat zu, Vereinbarungen zwischen Besetzern und Eigentümern vorbehaltlos zu unter-

180Das Kunst- und Kultur-Centrum Kreuzberg war am 23.01.1981 besetzt worden. Vgl.

KuKuCK: Ein neues Nest instandbesetzt, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin, 01/1981 (unsign.).

181Vgl. SONTHEIMER, MICHAEL: So viele Steine wie noch nie, in: TAZ, 29.06.1981, Seite 16.

182Vgl. ebd.

183Vgl. Erst im Morgengrauen war es in Kreuzberg wieder ruhig, in: Tagesspiegel, 27.06.1981, Seite 8.

184Gespräch mit dem neuen Innensenator Lummer: „Ich bin doch kein Scharlatan“, in: TAZ, 23.06.1981, Seite 15.

185Ebd.

186Vgl. Lummer macht AL für Krawalle um das Rathaus mitverantwortlich, in: Tagesspiegel, 27.06.1981, Seite 1.

187Vgl. Nutzungsverträge gnädiglich, in: TAZ, 02.07.1981, Seite 3.

stützen. Dies nahmen unter anderem die AL, der Besetzerrat und die BI SO 36 zum Anlass, unter dem Motto *„Die Demonstranten besuchen die Spekulanten“*¹⁸⁸ einen Rundgang durch die von Miteigentümern von Spekulationsfirmen bewohnten Viertel zu initiieren¹⁸⁹. In dem Aufruf sah Innensenator Lummer eine *„Aktion zur Verbreitung von Furcht und zur Bedrängung einzelner Bürger“*¹⁹⁰ und die konservative Presse eine *„[neue] Qualität von Demonstrationen“*¹⁹¹. Dies gab ihr Gelegenheit, nach weiteren Auseinandersetzungen am Rande der Demonstration erneut die Affinität der Szene zum Terrorismus zu betonen. Sie zitierte dabei den zuständigen Einsatzleiter, welcher vermutete, *„dass die Berliner Chaoten einen zweiten Fall ‚Benno Ohnesorg‘ schaffen möchten.“*¹⁹²

5 Der 22. September 1981 als Anlass zur Entschärfung des Konfliktes

Die noch vor den Wahlen beim SPD-Interims-Senat vorhandene generelle Gesprächsbereitschaft wollte der in seiner Vorgehensweise noch uneinige CDU-Senat auf Verhandlungsgespräche zwischen Eigentümern und Besetzern verlagern. Konservative Tageszeitungen reduzierten die Bewegung auf die gewalttätigen Aktionen. Dahingegen begünstigten die Patenschaften ein positives gesellschaftliches Klima für die Hausbesetzer, das zur Wiederaufnahme der Diskussion über Wohnungsnot, Leerstand und Lösungen des Konfliktes führen sollte. Aufgrund der wiedererlangten Stärke der Bewegung durch die breite Unterstützung von Paten und Demonstranten blieben im Sommer 1981 weitere Räumungen aus¹⁹³.

188ALTERNATIVE LISTE ET AL.: Am Sonntag geht's nach Grunewald, Flugblatt, Berlin 1981, abgedruckt in: TAZ, 10.07.1981, Seite 18.

189Vgl. ebd.

190FABER, ALFRED: Lummer: Einzelne Bürger bedrängen – das ist Psychoterror!, in: Berliner Morgenpost, 12.07.1981, Seite 1.

191Ebd.

192Weizsäcker: Senat wird weitere Einschüchterungen nicht zulassen, in: Berliner Morgenpost, 14.07.1981, Seite 1.

193Vgl. MULHAK, 1983, Seite 241f.

5.1 Ankündigung von Massenräumungen und die Antwort der Szene

Ulrich Rastemborski kündigte am 31. Juli 1981 an, nach Ferienende neun Häuser räumen zu lassen¹⁹⁴. Die Szene wertete dies auf einer Pressekonferenz am 5. August als „*Kriegserklärung an die besetzten Häuser*“¹⁹⁵ und warf dem Senat vor, neuerliche Ausbrüche der Gewalt provozieren zu wollen. Die Aufgabe der besetzten Häuser stellte für sie keine Option dar¹⁹⁶. Stattdessen gaben sie bekannt, einen vierwöchigen Kongress unter dem Namen „Tuwat“ zu veranstalten. Er sollte sich auch an Unterstützer aus dem Ausland richten, um dem Berliner Häuserkampf internationale Bekanntheit zuteil werden zu lassen, umfassend über die Szene zu informieren und auf diese Weise Räumungen zu verhindern¹⁹⁷. Der dazugehörige Aufruf kündigte Demonstrationen, „*die ihnen die nackte Furcht lehren*“¹⁹⁸ und einen „*Sturm auf Berlin[, der] alle Mauern niederwalzen [wird]*“¹⁹⁹ an. Innensenator Lummer wertete dies als erneute Provokation der Bürger durch die Besetzer, die in der Form nicht hingenommen werden könne. Um angemessen auf die angekündigten Aktionen reagieren zu können, sollte der rechtliche Rahmen komplett ausgeschöpft werden²⁰⁰. Gemäßigter äußerte sich hingegen die AL: Sie ging zwar nicht mit dem Tenor des Aufrufes konform, sah in dem Kongress jedoch eine Möglichkeit für die Suche nach politischen Lösungen, anstatt durch weitere verbale Eskalationen die Gefahr erneuter Gewaltakte zu erhöhen²⁰¹. Die Paten mahnten in einer Presseerklärung an, dass der Senat mit den Räumungen lediglich das Symptom der Instandbesetzungen, jedoch nicht die sich dahinter verbergenden Probleme bekämpfen würde. Vielmehr sei in Zusammenarbeit mit den Betroffenen ein Gesamtkonzept für leerstehende Häuser und somit für die Erhaltung und Instandsetzung

194In Schöneberg: Knobelsdorffstraße 40 und 42, Bülowstraße 89, Winterfeldtstraße 20, 22 und 24 (allesamt in Besitz der „Neuen Heimat“), in Wedding: Hermsdorfer Straße 4, in Kreuzberg: Luckauer Straße 3 (beide letztgenannten im Besitz der GSG) und Dieffenbachstraße 27 (in Privatbesitz). Vgl. Besetzer wollen sich wehren, in: TAZ, 03.08.1981, Seite 16.

195Besetzer reden von Kriegserklärung des Senats, in: Tagesspiegel, 06.08.1981, Seite 10. 196Vgl. ebd.

197Vgl. MULHAK, 1983, Seite 242.

198BESETZERRAT: Ganz Europa ist in Bewegung, abgedruckt in: TAZ, 06.08.1981, Seite 16. 199Ebd.

200Vgl. „Eine Herausforderung für jeden einzelnen Bürger“, in: Berliner Morgenpost, 07.08.1981, Seite 2.

201Vgl. Das offizielle Berlin schlägt um sich, in: TAZ, 10.08.1981, Seite 6.

preiswerten Wohnraums zu entwerfen²⁰². Diesen Aspekt betonte auch der nach den Wahlen zum Oppositionsführer der SPD ernannte Hans-Jochen Vogel und mahnte die Dringlichkeit an, dass der CDU-Senat „*Lösungsmöglichkeiten in gemeinsamen Gesprächen mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften*“²⁰³ erarbeiten solle. Dabei solle jedoch nicht in Polemik und Diffamierungen der Gegenseite verfallen, sondern vielmehr eigene konkrete Ideen eingebracht werden. Dies bekräftigte die SPD-Fraktion auf der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8. September 1981, als sie den Senat per Antrag zur Vorlage einer Gesamtlösung für alle besetzten Häuser bis Ende Oktober aufforderte. Diese sollte mit den Beteiligten in intensiven Verhandlungen auf der Basis des Treuhandmodells erarbeitet werden, weshalb sie dafür plädierte, über die Dauer der Gespräche von weiteren Räumungen abzusehen²⁰⁴.

Derweil erwiesen sich die Sorgen um „Tuwat“ als Kongress der Gewalt als unbegründet: Die Teilnehmerzahlen blieben weit unter den erwarteten 50.000 Besuchern und somit hinter den Erwartungen der Szene zurück. Jedoch hatte die Organisation des Treffens die Solidarität unter sämtlichen besetzten Häusern verstärkt und wieder gemeinsame Diskussionen ermöglicht²⁰⁵.

Innensenator Lummer stellte den Besetzern auf einer Pressekonferenz am 16. September 1981 ein Ultimatum, die Gebäude bis zum Wochenende freiwillig zu verlassen, da für die Räumungen alle Voraussetzungen erfüllt seien. Er kam damit dem SPD-Antrag vom 8. September zuvor, der mit Unterstützung durch AL und FDP mehrheitsfähig gewesen wäre²⁰⁶. Der Besetzerrat K36 erklärte daraufhin am 17. September, dass die instandbesetzten Häuser keinesfalls dem Senat überlassen werden sollten und wies erneut auf die „*Unfähigkeit, die von euch verursachte Wohnungsmisere zu verändern*“²⁰⁷ hin. Besetzte Häuser und Wohnungen sollten als öffentliches Eigentum behandelt, von Benutzern und Bewohnern instandgesetzt, -gehalten und verwaltet sowie gegen den kommen-

202Vgl. Paten der besetzten Häuser fordern: „Auf Räumung verzichten“, in: TAZ, 07.08.1981, Seite 15.

203VOGEL, HANS-JOCHEN: Der Senat ist am Zuge, in: Tagesspiegel, 15.08.1981, Seite 3.

204Vgl. SPD fordert Gesamtlösung für besetzte landeseigene Häuser, in: Tagesspiegel, 09.09.1981, Seite 8.

205Vgl. MULHAK, 1983, Seite 242.

206Vgl. Lummer stellt Besetzern von acht Häusern ein Ultimatum, in: Tagesspiegel, 17.09.1981, Seite 13.

207BESETZERRAT K36: Erklärung vom 17.09.1981, abgedruckt in: GRUNDMANN, GUDRUN (HRSG.): Sachschaden. Häuser und andere Kämpfe, TAZ-Journal Nr. 3, Frankfurt / Main, 1981 (Im Folgenden: TAZ-JOURNAL 3, 1981), Seite 170.

den Winter geschützt werden²⁰⁸.

Die AL bezeichnete Lummers Absichten in einer Anzeige als politischen Hausfriedensbruch, da als deren Konsequenz sämtliche Ansätze für eine konstruktive Lösung hinfällig und zahlreiche Initiativen in die Hoffnungslosigkeit getrieben würden. Sie rief zur Beteiligung an Widerstandsaktionen gegen die Räumungen auf, deren Folgen der Senat alleine zu tragen hätte²⁰⁹. Darüber hinaus kündigte die AL für den Fall der Räumungen einen Misstrauensantrag gegen Lummer wegen politischer Unfähigkeit an²¹⁰. Die SPD wies darauf hin, dass der Senat mit den Räumungen gegen den Willen des Parlaments handeln würde. Hans-Jochen Vogel sah in einem an von Weizsäcker adressierten Brief einen nicht gebotenen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei diesem Vorgehen und plädierte neben Abgeordneten der FDP für eine Gesamtlösung für die besetzten Häuser²¹¹. Paten, Kirche sowie Intellektuelle protestierten in einer öffentlichen Erklärung „*gegen das verantwortungslose Verhalten des Senats*“²¹². Sie warfen ihm vor, die Diskussion über Alternativkonzepte zu ignorieren, anstatt die endgültige Wende in der Wohnungspolitik durch die Vorlage eines Gesamtkonzeptes herbeizuführen. Die Ersatzangebote bezeichneten sie als unseriös und kündigten die Teilnahme an den Besetzungen sowie den passiven Widerstand im Falle einer Räumung an²¹³.

Auf Initiative der AL, der Jusos und des Besetzerrates fand am 20. September 1981 eine Großdemonstration mit 12.000 Teilnehmern gegen die Räumungsabsichten und für eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik des Senats statt²¹⁴. Die Besetzer der von der Räumung bedrohten Häuser hatten sich dem Aufruf angeschlossen. Sie warben per Flugblatt um mögliche Unterstützer für Aktivitäten in den Häusern, um durch die Vielzahl an Personen Stärke gegenüber dem potentiellen Großaufgebot an Polizei zeigen zu können. Bislang an Hausbesetzungen unbeteiligte Bevölkerungsgruppen sollten dadurch näheres über die Konzepte für die besetzten Häuser in der Praxis erfahren, welche die Szene auf einer für den 29. September angesetzten Ver-

208Vgl. ebd.

209Vgl. ALTERNATIVE LISTE: Wir warnen den Senat, wir werden kämpfen, Anzeige, Berlin 1981, abgedruckt in: TAZ, 18.09.1981, Seite 19.

210Vgl. Die Häuser sind randvoll!, in: TAZ, 21.09.1981, Seite 16.

211Vgl. Paten und Besetzer mobilisieren, in: TAZ, 18.09.1981, Seite 20.

212ALTERNATIVE LISTE ET AL.: Öffentliche Erklärung der Paten, Solidaritätsgruppen und Unterstützer, abgedruckt in: TAZ, 21.09.1981, Seite 15.

213Vgl. ebd.

214Vgl. Gegen „politischen“ Hausfriedensbruch, in: TAZ, 21.09.1981, Seite 3.

anstellung vorstellen wollte. Der CDU warfen die Besetzer vor, den Hausfrieden in den besetzten Häusern brechen und den Bürgerkrieg planen zu wollen, anstatt die Wohnungspolitik zu überarbeiten²¹⁵. Ein Gespräch zwischen Lummer und den Fraktionsvorsitzenden der restlichen Parteien brachte am Tag nach der Demonstration kein Ergebnis. Von Weizsäcker erklärte, dass er keinen anderen Ausweg als die Räumungen sähe, da die Hausbesetzer sich durch ihre mangelnde Verhandlungsbereitschaft in eine Sackgasse manövriert hätten. SPD und AL ersuchten ihn nochmals, die Räumungen zu stoppen²¹⁶.

5.2 Die Ereignisse des 22. September 1981 und deren politischer Nachhall

Ab 10 Uhr begann die Polizei, die acht besetzten Häuser zu räumen. Aufgrund der vorherigen Einigung der besetzten Häuser auf einen gewaltfreien passiven Widerstand verliefen die eigentlichen Aktionen vorwiegend friedlich. Mit Ausnahme der Häuser in der Winterfeldtstraße, in der vor der Räumung Barrikaden errichtet worden waren, kamen die Räumungen gegen 13 Uhr zum Abschluss. Innensenator Lummer besichtigte um 14 Uhr die geräumte Bülowstraße 89 und hielt dort eine Pressekonferenz ab. Demonstranten und Besetzer werteten dies als Provokation, daher versammelte sich vor dem Haus eine anwachsende Menschenmenge, die Lummer mit Sprechchören zum Verlassen des Hauses aufforderte²¹⁷. In der Folge begann die Polizei, die Bülowstraße unter Einsatz von Knüppeln zu räumen und trieb die Protestierenden auf die nicht vom Verkehr abgesperrte Potsdamer Straße. Unter ihnen befand sich der 18-jährige Klaus-Jürgen Rattay, der frontal von einem Bus erfasst und mehrere Meter mitgeschleift wurde, so dass er noch am Unfallort verstarb²¹⁸.

Nachdem der Leichnam abtransportiert worden war, verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, welche die Fensterscheiben umliegender Bankinstitute zu Bruch gingen ließen. Die Stelle, an

215Vgl. BESETZER DER ACHT BEDROHTEN HÄUSER: Jetzt erst recht!, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 01.-21.09.1981 (unsign.).

216Vgl. Weizsäcker: Es wird geräumt, in: TAZ, 22.09.1981, Seite 16.

217Vgl. Die eigentliche Räumung der Häuser verlief friedlich, in: Tagesspiegel, 23.09.1981, Seite 8.

218Vgl. Nachforschungen, in: TAZ, 23.09.1981, Seite 16. Für diverse Augenzeugenberichte siehe ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS MEHRINGHOF (HRSG.): Abgeräumt? 8 Häuser geräumt, Klaus-Jürgen Rattay tot, Berlin 1981, Seite 25-37.

der Rattay zu Tode gekommen war, entwickelte sich noch am Nachmittag zum Treffpunkt einer anwachsenden Menge. Sie bedeckte den Ort mit Blumen und ließ sich zu einem Sitzstreik nieder, der von der Polizei mit Tränengas beendet wurde. Am selben Abend riefen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die AL anlässlich des Todes zu einem Schweigemarsch mit 10.000 Teilnehmern und zur Mäßigung der Gewalt auf²¹⁹. Dem gegenüber stand ein anonymer Aufruf aus der Besetzerszene, wonach sich die Wut und Trauer in militanten, dezentralen Aktionen äußern sollte²²⁰. Im Laufe der Nacht eskalierte in Schöneberg die Situation: Demonstranten warfen Steine in Banken und Geschäfte und errichteten Barrikaden, die Polizei machte erneut von Tränengas und Knüppeln Gebrauch²²¹. Ihr Ende fanden die Auseinandersetzungen, in deren Verlauf mehr als 100 Personen festgenommen wurden, in den Morgenstunden. Auch in Kreuzberg führten die Ereignisse des Tages zu einer von der Polizei aufgelösten Mahnwache auf dem Heinrichplatz²²².

Als unmittelbare Reaktion auf die Geschehnisse des 22. September erklärte Hans-Jochen Vogel, dass die Räumungen ein schwerer politischer Fehler gewesen seien. Er kündigte einen Misstrauensantrag gegen Lummer und Bau-senator Rastemborski auf der ersten Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses nach der Sommerpause am 24. September 1981 an. Zugleich zeigte er sich von der praktizierten Gewaltlosigkeit in und vor den Häusern beeindruckt²²³. Die AL beabsichtigte, diesen Antrag einzig gegen Lummer zu stellen. Ihrer Auffassung nach hatte er durch seine Präsenz in der Bülowstraße die Demonstration provoziert und den Tod Rattays mitverursacht²²⁴.

In der Sitzung ging Richard von Weizsäcker auf die Geschehnisse und die erneut zutage getretenen Probleme mit Hausbesetzungen ein. Er zeigte sich zwar betroffen vom Tode Rattays, verteidigte jedoch zugleich die Räumungen, die nach den negativen Reaktionen der Besetzer auf Verhandlungsange-

219Vgl. Besetzer ließen sich abführen und aus den Häusern tragen, in: Volksblatt Berlin, 23.09.1981, Seite 9.

220Vgl. ANONYMER VERFASSER: Ein Bewegter vom Staat ermordet!, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 22.09.-30.09.1981 (unsign.).

221Vgl. Scherbenmeere und Tränengashimmel, in: TAZ, 24.09.1981, Seite 3.

222Vgl. Der Trauermarsch für den Toten, in: Instand-Besetzer-Post, Nr. 24, 25.09.1981, Seite 14.

223Vgl. ZAWATKA, ULRICH: Vogel: Schwerer politischer Fehler, in: Volksblatt, 23.09.1981, Seite 9.

224Vgl. Misstrauensanträge der SPD gegen Lummer und Rastemborski, in: Tagesspiegel, 23.09.1981, Seite 1.

bote notwendig gewesen wären²²⁵. Zur Erzielung weiterer Fortschritte bei der friedlichen Lösung des Konfliktes lud er zu einem „*Gespräch über Wege zum inneren Frieden*“²²⁶ ein, an welchem die Vertreter der Fraktionen, der Kirchen sowie „*die Bürger vertretenden Gruppen*“²²⁷ teilnehmen sollten. Aufgrund dieses Angebots verzichtete die SPD bei der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. September 1981 auf ihren Misstrauensantrag, wohingegen derjenige der AL keine Mehrheit fand²²⁸. Sie verurteilte den bewusst riskanten Einsatz staatlicher Gewalt wenige Tage vor der Präsentation der Lösungen für besetzte Häuser²²⁹. Als Konsequenz dessen lehnte sie die Teilnahme an dem von Weizsäcker initiierten Gespräch ab. Ihnen folgten die Paten, Jugendverbände und die einst zum Vermittlerkreis gehörenden Pfarrer Heinrich Albertz und Gustav Roth. Sie erklärten, dass das Gespräch um Wochen zu spät käme und dafür keine Basis mehr gegeben sei, da die unmittelbar Betroffenen nicht dazu eingeladen worden waren²³⁰. Beim ersten Treffen des Gesprächskreises kündigte von Weizsäcker an, die Belange der Hausbesetzer im Dialog erörtern und daher vorerst von weiteren Räumungen Abstand nehmen zu wollen. Zudem stellte er Angebote über alternative Unterkünfte und Selbsthilfemodelle in Aussicht²³¹.

Parallel zum Gesprächskreis riefen mit den Besetzern sympathisierende Gruppen wie die Paten, AL, Besetzerrat und die BI SO 36 zu einer Großdemonstration am 27. September 1981 auf, deren Hauptforderung aus dem Rücktritt Lummers bestand. Zudem appellierten sie an den Senat, von weiteren Räumungen Abstand zu nehmen, eine Wende in der Wohnungspolitik herbeizuführen sowie alle inhaftierten Hausbesetzer und Sympathisanten freizulassen und alle Straf- und Ermittlungsverfahren einzustellen. Der als Gewaltpolitik empfundenen Vorgehensweise des Senats wollten die Organisatoren in dem Aufruf jedoch einen friedlichen Demonstrationsverlauf entgegensetzen. Damit sollten die Forderungen der Besetzer- und Mieterbewegung, die in den vergangenen Monaten hinter der physisch und verbal eskalierenden Gewalt zurückgetreten

225Vgl. Einladung Weizsäckers zum Dialog, in: Tagesspiegel, 25.09.1981, Seite 9.

226VON WEIZÄCKER, RICHARD: Erklärung des Regierenden Bürgermeisters, in: Plenarprotokolle des Abgeordnetenhauses von Berlin, 9. Wahlperiode, 6. Sitzung vom 24.09.1981, Seite 255. 227Ebd.

228Vgl. Misstrauensantrag der AL von Parlamentsmehrheit abgelehnt, in: Tagesspiegel, 29.09.1981, Seite 9.

229Vgl. ...parlamentarische Arbeit nicht um jeden Preis wahrnehmen..., in: Stachel, 10/1981, Seite 3.

230Vgl. „Krisen-Gespräch ohne die Betroffenen“, in: Volksblatt Berlin, 26.09.1981, Seite 9.

231Vgl. Senat kündigt konkrete Angebote an die Hausbesetzer an, in: Tagesspiegel, 27.09.1981, Seite 1.

waren, wieder in den Mittelpunkt rücken²³². In Redebeiträgen wurde der friedliche Verlauf ebenfalls gefordert, entsprechend gewaltlos verlief die Demonstration mit 20.000 Teilnehmern²³³. Die zur Vorstellung der Konzepte der besetzten Häuser gedachte Veranstaltung am 29. September entwickelte sich zu einer Versammlung der Besetzer und deren Sympathisanten. Dabei informierte die Szene über die Räumungen der vorangegangenen Woche, allerdings auch über das Leben in besetzten Häusern, womit ein externes Publikum Einblick in die konkrete Arbeit in den jeweiligen Blöcken nehmen konnte²³⁴.

Bei der zweiten Runde des von ihm initiierten Gesprächskreises, an der auch Werner Orlowsky teilnahm, bestätigte von Weizsäcker nochmals seine Bereitschaft zur Erzielung politischer Lösungen und regte eine baldige Aufnahme von Verhandlungen zwischen Vertretern der Kirche und anderer freier Träger mit dem Senat an²³⁵. Dem West-Berliner Bischof Martin Kruse erschienen die Gesprächsangebote des Senats als nicht ausreichend, daher forderte er ihn in seinem Hirtenbrief am 8. Oktober zum Eingeständnis begangener Fehler auf, damit der Dialog mit Hausbesetzern wiederbelebt werden könne. Zudem sprach er sich für eine Weiterentwicklung der Rechtsordnung aus, um dem Bedürfnis der Besetzer nach der Verwirklichung alternativer Lebensformen eine legale Basis geben zu können. Hinsichtlich der Anzeichen einer weiteren Verschärfung der sozialen Spannungen in der Stadt verstand er den Versuch eines Dialoges mit „*der relativ kleinen, überschaubaren und grundsätzlich dialogfähigen Gruppe der 'Hausbesetzer'*“²³⁶ als Modell zur Lösung späterer Konflikte²³⁷.

Als sich Anfang Oktober die Anzeichen für die Räumung weiterer 14 Häuser – darunter unter anderem das von der Boulevard-Presse als „*Zentrale der Gewalt*“²³⁸ bezeichnete „KuKuCK“ – verdichteten, trat eine neuerliche Verhärtung der Position der Szene ein: Der Besetzerrat aller Häuser kündigte in einer

232Vgl. DIE BEWOHNER DER ACHT GERÄUMTEN HÄUSER ET AL.: Lummer muß weg!, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 22.-30.9./1981 (unsign.).

233Vgl. Rund 20.000 demonstrierten friedlich gegen Senatspolitik, in: Tagesspiegel, 29.09.1981, Seite 11.

234Vgl. HÄRLIN, BENNY: Ein Dia-Abend der Bewegung, in: TAZ, 01.10.1981, Seite 16.

235Vgl. Weitere Gespräche nicht durch Räumungen unterlaufen, in: Tagesspiegel, 08.10.1981, Seite 12.

236KRUSE, MARTIN: Brief an die evangelischen Christen in Berlin (West) vom 08.10.1981, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 16.10.1981, Seite 14.

237Vgl. ebd.

238Vgl. WITTE, ROBERT: Im Hauptquartier der Hausbesetzer: „Sechs befehlen vor dem Farbfernseher“, in: Bild-Berlin, 01.10.1981, Seite 5.

Erklärung weitere militante Aktionen an, da die umfassende Unterstützung durch Paten dessen Meinung nach keine Wirkung gezeigt hätte und der friedliche Protest ignoriert worden sei. Sobald eines der besetzten Häuser weiteren Repressalien ausgesetzt sei, sollten sich diese Aktionen in der Störung kultureller Veranstaltungen oder der Räumung der Villen der Eigentümer im Grunewald äußern. Es drohte eine Ausdehnung der Gewalt auch auf unbeteiligte gesellschaftliche Kreise, die zum weiteren Unverständnis bei der Bevölkerung beigetragen und darüber hinaus den Weg zum von Weizsäcker erstrebten inneren Frieden wesentlich erschwert hätte²³⁹.

Durch die wiederholte Bedrohung des inneren Friedens brach der interne Konflikt im CDU-Senat über die Lösung des Hausbesetzerproblems erneut aus: Während von Weizsäcker die Lösung im Dialog erarbeiten wollte, zeigte sich Lummer davon überzeugt, dass weitere Räumungen zur Frustration innerhalb der Szene und somit zu deren Ruhigstellung führen könnten²⁴⁰. Nicht an den Treffen des Senats beteiligte Gruppierungen bildeten am 5. Oktober 1981 gemeinsam mit den Instandbesetzern eine Alternative zur von Weizsäcker einberufenen Runde. Zu den Beteiligten am Gesprächskreis „Wege zum sozialen Zusammenleben“ zählten unter anderem die AL, BI SO 36, Jungsozialisten und Jungdemokraten sowie Einzelpersonen wie Werner Orlowsky und Hardt-Walt Herr Hämer von der IBA-GmbH. Sie einte die Sorge über weitere Räumungen sowie deren Folgen für den Hausbesetzerkonflikt, zudem sahen sie die langjährige Arbeit der verschiedenen Initiativen gefährdet. In diesem Gesprächskreis sollte die Gesamtlösung für alle besetzten und leerstehenden Häuser sowie die Veränderung der Wohnungspolitik und die Entkriminalisierung der an dem Konflikt Beteiligten thematisiert werden. Daher forderten sie einen echten Dialog mit den Betroffenen, für dessen Dauer der Senat eine verbindliche Erklärung auf einen Räumungsverzicht aussprechen sollte²⁴¹.

Die Ereignisse des 22. September 1981 hatten demnach zu einer weiteren Polarisierung beigetragen: Bei den Hausbesetzern überwogen Erschütterung, Wut und Resignation, da das friedliche Verhalten und das durch die Paten-

239Vgl. BESETZERRAT: Empfehlung der Hausbesetzer und ihrer Freunde, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin, 10/1981 (unsign.).

240Vgl. Grabenkämpfe in der CDU, in: TAZ, 02.10.1981, Seite 22.

241Vgl. GESPRÄCHSKREIS „WEGE ZUM SOZIALEM ZUSAMMENLEBEN“: Presseerklärung vom 06.10.1981, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin, 10/1981 (unsign.).

schaften entstandene gesellschaftliche Bündnis die Räumungen nicht zu verhindern vermocht hatten. Angesichts der Gefahr weiterer Räumungen wuchs die Bereitschaft zur militanten Verteidigung der Häuser. Obwohl die Szene sich um die öffentlichkeitswirksame Vermittlung eigener Konzepte bemühte, bestand die Gefahr, dass die Steine sich zum einzigen politischen Argument entwickeln könnten. Im Anschluss an den neuerlichen Ausbruch der Gewalt am Abend des 22. September offenbarten sich wiederholt die gesellschaftlichen Gegensätze: Einerseits plädierten Sozialplaner für ein vom Senat initiiertes Moratorium, welches durch seine Einflussnahme auf Wohnungsbaugesellschaften zu realisieren sei²⁴² und Universitätsangehörige sprachen sich für einen Dialog mit der jungen Generation aus²⁴³. Andererseits beglückwünschten Bürger den Senat für dessen konsequente Haltung als Resultat der ablehnenden Haltung der Hausbesetzer²⁴⁴ oder befürworteten ein weiterhin entschiedenes Vorgehen, da die Szene eine Gefahr für die Freiheit darstellen würde²⁴⁵.

5.3 Initiative in Kreuzberg für einen direkten Dialog mit der Besetzerbewegung

Aus der Befürchtung vor weiteren Gewaltakten wandten sich Bürger der Umgebung der Oranienstraße Anfang Oktober 1981 mit einer Unterschriftenliste an den Regierenden Bürgermeister. Demnach sollten durch die Hausbesetzungen herbeigeführte positive Ansätze wie die Instandsetzung maroder Häuser nicht durch weitere Polizeieinsätze zerstört, sondern politische Lösungen unter Einbeziehung der Hausbesetzer erzielt werden²⁴⁶. Der im Februar in der Kreuzberger Manteuffelstraße eingerichtete Bauhof wurde der Öffentlichkeit am 7. Oktober als Modell einer Instandbesetzung vorgestellt. Er illustrierte den bereits geleisteten Arbeitsaufwand zur Sanierung des Gebäudes und die Gemeinsamkeiten mit den Vorstellungen der IBA-GmbH, deren Vertreter sich für die Einbeziehung des Projektes in das IBA-Konzept aussprach²⁴⁷.

242Vgl. KNORR-SIEDOW, THOMAS: Leserbrief ohne Titel, in: Tagesspiegel, 27.09.1981, Seite 19.

243Vgl. ALBRECHT, ULRICH / HÜBNER, PETER: Leserbrief ohne Titel, in: Tagesspiegel, 27.09.1981, Seite 19.

244Vgl. TRABEN, HORST: Berliner Senat musste handeln, in: Berliner Morgenpost, 24.09.1981, Seite 17.

245Vgl. WERNER, KLAUS: Leserbrief ohne Titel, in: Tagesspiegel, 27.09.1981, Seite 19.

246Vgl. BÜRGER UM DEN HEINRICHPLATZ UND ORANIENSTRASSE: Besorgtheit um anstehende Räumungen instandbesetzter Häuser, abgedruckt in: TAZ, 08.10.1981, Seite 16.

247Vgl. Dickes Lob für Hausbesetzer, in: Frankfurter Rundschau, 09.10.1981, Seite 22.

Zwei Tage zuvor hatte sich die SPD-Fraktion der BVV-Kreuzberg auf einen Antrag für eine Sondersitzung am 7. Oktober 1981 verständigt, um einen ausgearbeiteten Lösungsvorschlag für alle besetzten Häuser des Bezirks zu diskutieren. Auch die SPD betonte die positiven Impulse, die von den Besetzern für die Stadterneuerung ausgegangen seien. Sie nahm die Erklärung des Besetzerrates K36 vom 17. September zum Anlass, auf dortige Vorschläge zur Wintersicherung und Verwaltung der Häuser einzugehen, solange diese sich im Rahmen des Gesetzes bewegen und keine Sonderregelungen für Besetzer getroffen würden. Zu diesem Zweck regte die SPD die Gründung eines Sonderausschusses als Hilfsorgan des Bezirksamtes an²⁴⁸. Er konstituierte sich in der BVV-Kreuzberg am 7. Oktober 1981 mit den Stimmen von SPD und AL gegen die CDU, um eine Lösung des Konfliktes auf politischer Ebene zu forcieren. Mit dem entsprechenden Beschluss wurde der Konflikt um die besetzten Häuser *„als ein in wesentlichen Teilen wohnungspolitischer Konflikt, der durch die offizielle Politik in der Stadt mit verursacht worden ist“*²⁴⁹, definiert. Auf die Erklärung des Besetzerrates K36 vom 17. September Bezug nehmend, die eine grundsätzliche Bereitschaft zu einer konstruktiven politischen Lösung signalisierte, sollte der Dialog zwischen Vertretern des Senats und Hausbesetzern wieder aufgenommen werden. Darin sollten die Besetzer als gleichwertige Gesprächs- und Verhandlungspartner anerkannt werden. Politische Entscheidungsträger und Eigentümer waren aufgefordert, den Konflikt nicht mit formaljuristischen Mitteln zu behandeln und Möglichkeiten zur Rücknahme von Strafanträgen zu finden. Stattdessen sollte ein Konsens zwischen Politik und Eigentümern geschaffen werden, um weitere Räumungen zu vermeiden und auf dieser Basis Lösungskonzepte für alle Häuser zu entwickeln²⁵⁰.

Erstmalig hatte sich ein politisches Gremium über die Einteilung der besetzten Häuser in Fraktionen, die entweder zum Dialog oder zur Eskalation bereit waren, hinweggesetzt. Zudem sprach es sich dafür aus, formaljuristische Aspekte wie Hausfriedensbruch gegenüber den politischen und sozialen Fragen nachrangig zu behandeln. In den Kreuzberger Besetzerräten wurde die Initiative der BVV-Kreuzberg zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch blieb die Skepsis

248Vgl. Kreuzberger Lösung?, in: TAZ, 06.10.1981, Seite 16.

249BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG KREUZBERG: Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung, Drs. IX/278, Berlin 1982, (Im Folgenden: BVV-KREUZBERG, 1982), Seite 3.

250Vgl. ebd.

bezüglich weiterer Spaltungsversuche²⁵¹ und die Befürchtung, dass Senat, Spekulanten und Justiz bei ihren Entscheidungen die im Sonderausschuss erzielten Lösungen nicht zur Kenntnis nehmen würden²⁵². Das Bewusstsein des Ausschusses für diese Bedenken fand wiederum Eingang in dessen Arbeitsweise: Demnach sollten keine Maßnahmen ergriffen werden, die von den Besetzern als Spaltungsversuch hätten interpretiert werden können. Stattdessen wollte er sich um einen Dialog mit Gremien der Besetzer bemühen. Um die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft nicht durch weitere Räumungen zu gefährden, wollte der Ausschuss die dafür notwendigen Bedingungen schaffen, wonach in Kreuzberg fernab von jeglichem Räumungsdruck diskutiert werden könne. Mangels exekutiver Befugnisse bezüglich Fragen des Hausbesetzerkonfliktes sollte ein Konsens zwischen allen Beteiligten hergestellt werden²⁵³. Zusätzlich war vorgesehen, die Bevölkerung Kreuzbergs per Plakatierung über die Lösungsvorschläge zu informieren. Jedoch verhinderte der zur CDU gehörige Kreuzberger Bezirksbürgermeister im November unter Beihilfe des Innensenators die öffentliche Plakatierung der Lösungsvorschläge, begründet mit der Überschreitung der rechtlichen Grenzen der zulässigen Öffentlichkeitsarbeit des Bezirks²⁵⁴.

Weiterhin stand die Ankündigung Lummers vom 18. Oktober, dass bei weiteren Häusern die Voraussetzungen für Räumungen innerhalb der nächsten Wochen vorlägen, den Bemühungen des Ausschusses entgegen. Lummer interpretierte den kontinuierlichen Rückgang an Neubesetzungen als wesentlichen Erfolg des CDU-Senats und plädierte für die Beibehaltung der konsequenten Linie²⁵⁵. Anstelle der Ankündigung militanten Widerstands riefen Besetzer und Paten Ende Oktober per Flugblatt zur Winterfestmachung der Häuser auf, worin sie neben Geld- und Sachspenden um die Unterstützung durch Fachkräfte warben. Damit wollten sie weitere gesellschaftliche Kreise nicht nur über konkrete Instandsetzungsarbeiten informieren, sondern sie direkt einbeziehen²⁵⁶.

251Vgl. Weizsäcker beim Wort genommen, in: TAZ, 09.10.1981, Seite 16.

252Vgl. BESETZERRAT K61: Betrifft: Beschluss der BVV Kreuzberg vom 7.10.1981, Brief vom 21.10.1981 an den Bezirksbürgermeister von Berlin Kreuzberg, abgedruckt in: BVV-KREUZBERG, 1982, Anlage 2.

253Vgl. BVV-KREUZBERG, 1982, Seite 3f.

254Vgl. Kreuzberger BVV nicht sachkompetent, in: TAZ, 23.11.1981, Seite 15. Der Plakattext ist in Anhang C nachzulesen.

255Vgl. Lummer: Räumungsvoraussetzung in absehbarer Zeit, in: Tagesspiegel, 20.10.1981, Seite 13.

256Vgl. BESETZER, PATEN UND UNTERSTÜTZER: Große Winterfestmachung der besetzten Häuser, Flugblatt, Berlin 1981. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 10/1981 (unsign.).

5.4 Entspannung und Fortschritte

In den folgenden Wochen trug der Sonderausschuss zur Herstellung einer vom Räumungsdruck befreiten Diskussionsatmosphäre bei. Als wesentlicher Fortschritt erwies sich das so genannte nichterklärte Räumungsmoratorium. Dieses wurde nach Gesprächen zwischen dem Bezirksamt Kreuzberg und privaten Sanierungsträgern sowie weiteren Hauseigentümern am 12. November 1981 beschlossen. Sanierungsträger und Eigentümer hielten an ihren eigentlichen Sanierungszielen fest. Sie erklärten allerdings, auch bei sämtlichen erfüllten Kriterien der Berliner Linie bis Ostern 1982 auf Räumungsbegehren zu verzichten und dem Senat die Entscheidung über den Zeitpunkt für weitere Räumungen zu überlassen. Zudem stellten sie Verhandlungsgespräche mit den Besetzern in Aussicht, verknüpften ihre Absicht jedoch mit der Bedingung, dass keine Gewaltakte gegen Dinge oder Personen privater Wohnungsbaugesellschaften oder Sanierungsträger erfolgen²⁵⁷. Im Zuge der Patenbewegung und der damit entfachten Diskussionen war ein öffentliches Klima entstanden, was eine weitere Verschärfung des Konfliktes als nicht zweckmäßig erscheinen ließ. Daher akzeptierte der Senat das Räumungsmoratorium stillschweigend²⁵⁸.

In den Blockräten fanden wiederum Diskussionen um die Kontaktaufnahme mit dem Ausschuss statt, die im Januar 1982 den Vorschlag der Besetzerräte K36 und K61 zum Ergebnis hatte. Demnach sollten sich alle Häuser, bzw. so viele wie möglich, in der Legalisierung auf eine Gesamtlösung einigen. Falls die Legalisierung für gewisse Häuser nicht in Betracht kam, sollten diese ihre Diskussionen über Formen der Enteignung und des Widerstandes fortsetzen und über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert werden. Als Forderungen für die Unterzeichnung von Verträgen stellten beide Räte die Verlängerung des Räumungsmoratoriums auf mindestens ein Jahr, dessen Ausweitung auf sämtliche besetzten Häuser West-Berlins sowie abermals die Freilassung der Gefangenen auf²⁵⁹.

Ein Ergebnis dieser Diskussionen um die Legalisierung war die Initiative

257Vgl. PRESSESTELLE DES BEZIRKSAMTS KREUZBERG VON BERLIN: Betrifft: Leerstandsproblematik, abgedruckt in: BVV-KREUZBERG, 1982, Anlage 5.

258Vgl. HELLWEG, ULI / WEND, CHRISTIAN: Neue Träger-„Lösungen“ für Instandbesetzer in Kreuzberg und anderswo?, in: ARCH+ 61, Februar 1982, Seite 43-45, hier: Seite 43.

259Vgl. An alle besetzten Häuser von den Besetzerräten K36 und K61, abgedruckt in: TAZ, 21.01.1982, Seite 15.

der Vollversammlung der besetzten Häuser im ehemaligen „Strategien“-Gebiet, dem so genannten „Kiezplenum“, in einen Dialog mit der Sonderkommission zu treten. Darin sollten inhaltliche Übereinstimmungen sowie gemeinsame Handlungsschritte zu zwei vordringlichen Fragen erzielt werden: Die Verlängerung des Räumungsmoratoriums auf ein Jahr sollte zum Aus- und Aufbau der Selbstverwaltung, der Arbeit an Trägermodellen und der Erprobung dieser Strukturen beitragen, da dies längere Zeit als ein halbes Jahr benötige. Außerdem wurde erneut die Freilassung der Inhaftierten und die Einstellung der Ermittlungsverfahren gefordert, was im Beschluss zur Bildung des Ausschusses keine Erwähnung gefunden hatte²⁶⁰. In der seit März 1981 besetzten Regenbogenfabrik fand am 15. Februar 1982 das Treffen zwischen Sonderausschuss und Kiezplenum statt. Die CDU blieb bei ihrer Definition der „Berliner Linie“, zeigte sich jedoch weitestgehend uninformiert über den aktuellen Stand in den besetzten Häusern²⁶¹. Das Gespräch und die Erklärung der Besetzerräte K36 und K61 zur Legalisierungsfrage nahmen sämtliche in der Kreuzberger BVV vertretenen Parteien zum Anlass, sich am 26. Februar 1982 per Brief an beide Räte zu wenden. Darin erklärten sie, sich mit der Forderung nach Entkriminalisierung ernsthaft auseinanderzusetzen, da sonst *„eine politische Gesamtlösung nicht zu realisieren sein wird.“*²⁶² Von weiteren Räumungen solle der Senat im sich abzeichnenden Diskussionsprozess absehen, um *„den bezirklichen Gremien den notwendigen zeitlichen Spielraum“*²⁶³ für die Erarbeitung dieser Lösung einzuräumen²⁶⁴. Am 28. Februar 1982 fand der Entwurf der Kreuzberger Besetzerräte die Zustimmung des bezirksübergreifenden Besetzerrates. Danach war es einzelnen Häusern möglich, Gespräche über Verhandlungen aufzunehmen²⁶⁵. Es erleichterte dem Senat jedoch die Kriminalisierung der nicht zu Verhandlungen bereiten Besetzer²⁶⁶.

Die nunmehr sachlich und professionell geführte Diskussion über Legalisierungsmodelle entsprach dem Empfinden der Bürger West-Berlins, von denen

260Vgl. KIEZPLENUM: An die Sonderkommission der BVV Kreuzberg, Brief vom 07.02.1982, abgedruckt in: Kreuzberger Stachel, März 1982, Seite 2.

261Vgl. Von Tuten und Blasen keine Ahnung, in: Südost-Express 3/1982, Seite 11.

262WARDIN, PETER: An die Blockräte der besetzten Häuser in Kreuzberg, Brief vom 26.02.1982, abgedruckt in: BVV-KREUZBERG, 1982, Anlage 9.

263Ebd.

264Vgl. Ebd.

265Vgl. CDU für Entkriminalisierung, in: TAZ, 02.03.1982, Seite 16.

266Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 324.

sich eine Mehrheit für eine friedliche Lösung des Hausbesetzungskonfliktes und gegen weitere Räumungen aussprach²⁶⁷. Daher kam innerhalb der Szene, in der sich die Spaltung in Verhandler und Nichtverhandler durch den Abschluss einzelner Verträge vollzogen hatte, erneut die Kritik an militanten Aktionen auf. Diese hätten nicht nur negative Folgen für die von der Bevölkerung entgegengebrachte Sympathie, sondern auch für die Identifikation mit den Zielen der Hausbesetzer nach sich gezogen²⁶⁸.

Nach einzelnen Durchsuchungen besetzter Häuser, die im Zusammenhang mit Straftaten anberaumt wurden, zweifelten die Besetzer an der Ernsthaftigkeit des Senats, sich mit deren konzeptionellen Vorschlägen auseinanderzusetzen zu wollen²⁶⁹. Sie befürchteten aufgrund des an Ostern 1982 endenden Moratoriums eine erneute, mit dem 22. September 1981 vergleichbare Räumungsaktion. Auf einem „Handzettel für den praktischen vielfältigen Widerstand“ vermittelten sie ein Bild der Geschlossenheit der Szene und kündigten das „*totale Chaos*“²⁷⁰ am Tag der evtl. Räumungen und danach an²⁷¹. Es bestand somit die Gefahr erneuter Aggressionen, die als wesentlicher Fortschritt des vergangenen halben Jahres kanalisiert worden waren²⁷². Dies bestätigte sich am 26. April 1982, nachdem auf Antrag der Hauseigentümer die Kreuzberger Kopischstraße 5 geräumt worden war und es zu anschließenden Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei am Kottbusser Tor kam²⁷³. Gesprächsbereite Besetzer, die erneut eine von oben erzwungene Spaltung befürchteten, sowie Vermittler äußerten ihr erneutes Misstrauen gegenüber dem ernsthaften Willen des Senats, das Hausbesetzerproblem friedlich zu lösen. Sie warfen ihm vor, durch die Räumung die mit Hilfe des Moratoriums begünstigten Fortschritte um Verhandlungen der Legalisierungsmodelle gefährdet zu haben. Der Räumungsstopp wurde daher zur Bedingung für die

267In einer von Infratest Anfang 1982 durchgeführten Umfrage, die Professor Peter Grottian von der Freien Universität Berlin in Auftrag gegeben hatte, befürworteten 86% eine friedliche Lösung, 14% sprachen sich für eine bedingungslose Räumung weiterer Häuser aus. Vgl. Mehrheit gegen Räumung, in: TAZ, 09.03.1982, Seite 16.

268Vgl. Zwischen taz und Szene. Der Ermittlungsausschuss als Vermittler, in: TAZ, 16.04.1982, Seite 17.

269Vgl. Drei besetzte Häuser durchsucht, in: Tagesspiegel, 12.03.1982, Seite 12. / Vgl. Drei besetzte Häuser durchsucht, in: Tagesspiegel, 16.03.1982, Seite 13.

270ANONYMER VERFASSER: Jetzt alle zusammen gegen Räumungen! Ein Handzettel für den praktischen vielfältigen Widerstand, Flugblatt, Berlin 1982. Papiertiger Archiv, Best. Häuserkampf West-Berlin 04-10/82 (unsign.).

271Vgl. ebd.

272Vgl. Besetzer bereiten sich auf Räumungen nach Ostern vor. Aktionen, Feste, Demos und Gerüchte, in: TAZ, 13.04.1982, Seite 16.

273Vgl. 5.000 auf Protestdemo, in: TAZ, 29.04.1982, Seite 16.

Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt²⁷⁴.

Dies forderte ebenfalls die AL auf der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. Mai 1981, das sich auf deren Antrag in einer aktuellen Stunde mit den politischen Folgen der Räumung der Kopischstraße 5 befasste. Während Abgeordnete der AL die Aktion als Zerstörung der Fortschritte bei den Ansätzen für Verhandlungslösungen verurteilten, rechtfertigte Bausenator Rastemborski die Räumung mit der Erfüllung sämtlicher Kriterien der „Berliner Linie“. Er betonte jedoch, dass diese lediglich einen Einzelfall darstelle und die politische Lösung weiterhin auf dem Verhandlungsweg herbeigeführt werden solle. Ein generelles Räumungsmoratorium lehnten CDU und FDP aus rechtlichen und politischen Gründen ab²⁷⁵. Stattdessen verdeutlichte Rastemborski seine Bereitschaft zu friedlichen Lösungen mit der Ausarbeitung von Verträgen für die Modernisierung von Altbauwohnungen im Rahmen eines Selbsthilfe-Programms. Dafür vorgesehene Gruppen sollten bei der Instandsetzung gefördert werden, sofern sie, bzw. eine Genossenschaft, die dafür in Frage kommenden Häuser gekauft oder bspw. durch einen Erbpachtvertrag langfristige Besitzrechte erlangt hätten. Der von den Selbst Helfern zu erbringende Anteil belief sich auf 15%, die Bauarbeiten sollten durch einen Vertreter der Sanierungsberatungsgesellschaft BSM oder des SPI kontrolliert und von der IBA sowie Kreuzberger Jugendprojekten betreut werden²⁷⁶.

Somit hatte die Arbeit des Sonderausschusses und insbesondere das durch ihn erreichte Räumungsmoratorium trotz Rückschlägen durch Polizeieinsätze und der Räumung der Kopischstraße 5 die Argumente an die Stelle der Steine treten lassen. Die Themen der wohnungspolitischen Diskussion bestanden daher im ersten Halbjahr 1982 neben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und der Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauten aus den alternativen Träger- und Selbsthilfemodellen für Hausbesetzer²⁷⁷. Diese überließen die Vermittlung ihrer Modelle an Eigentümer und Senat wiederum den Mieterinitiativen und Stadtteilgruppen, die mit ihrer Arbeit einst die Grundlage für die Welle an Instandbesetzungen geschaffen hatten. Wohnungspolitische Forderungen tra-

274Vgl. Wer verhandeln will, darf nicht räumen, in: TAZ, 03.05.1982, Seite 16.

275Vgl. Parlament diskutierte Hausräumung, in: Tagesspiegel, 07.05.1982, Seite 13.

276Vgl. Selbsthilfe-Programm in der Stadterneuerung hat begonnen, in: Tagesspiegel, 08.05.1982, Seite 8.

277Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 205.

ten zugunsten der strukturellen Organisation in den legalisierten Häusern zurück, nachdem sich die Bewegung aufgrund des mangelnden Bewusstseins des Senats für deren soziale Bedürfnisse ernüchtert zeigte²⁷⁸.

6 Integration des Protestes

Während die Diskussion über Legalisierungs- und Trägermodelle in den besetzten Häusern konkrete Formen annahm, setzte sich in den Sommermonaten 1982 die Auseinandersetzung innerhalb der CDU über den Umgang mit der Bewegung fort. Zum einen nahm Rastemborski den von einem breiten Bündnis – bestehend aus Besetzern, Paten, IBA, Mieterverein und SPI – geforderten Verzicht auf weitere Räumungen zur Kenntnis. Er kündigte an, sich bei den Eigentümern für die Bewilligung des notwendigen zeitlichen Spielraums einsetzen zu wollen, so dass Verhandlungen aufgenommen werden könnten²⁷⁹. Zum anderen nahm Lummer besetzte Häuser im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen während des Besuches von Ronald Reagan am 11. Juni 1982 als Refugien der Gewalttäter wahr, so dass er Häuserräumungen als Mittel zur Gewaltbekämpfung in Betracht zog²⁸⁰. Flankiert wurde dies durch Meldungen über eine Studie des Berliner Verfassungsschutzes, die eine Fusion zwischen militanten Hausbesetzern und dem terroristischen Umfeld wahrnahm. Demnach sollte der von der Wohnungspolitik dominierte Protest in den Widerstand gegen die staatliche Ordnungsfunktion umfunktioniert werden. Die Studie zog einen Vergleich mit dem Terror der Roten Armee Fraktion in den 1970er-Jahren, was eine erneute Kriminalisierung der Bewegung ermöglichte und die Verhandlungsbedingungen zwischen Vermittlern und Senat kompliziert gestaltete²⁸¹.

In Bezug auf die Wohnungspolitik blieb die energisch geforderte Wende aus: Bausenator Rastemborski räumte bereits Ende 1981 ein, dass die von Weizsäcker in seiner Regierungserklärung verkündete Leitlinie *„Instandhaltung vor Modernisierung, Modernisierung vor Sanierung, also vor Abriss und Neu-*

278Vgl. LAURISCH, BERND: Instandbesetzer. Die Zweite, in: SENBAUWOHN, 1984, Seite 106f.

279Vgl. „Ohne Senat geht es nicht“, in: Tagesspiegel, 17. Juni 1982, Seite 13.

280Vgl. Bei Gefahr besetzte Häuser räumen, in: Berliner Morgenpost, 13.06.1982, Seite 2.

281Vgl. Verfassungsschutz-Studie über militante Hausbesetzer, in: Tagesspiegel, 19.06.1982, Seite 8.

*bau; Sanierungsgebiete werden verkleinert*²⁸² lediglich provisorischen Charakter tragen würde. Ab 1985 solle wieder zur Blockentkernung und großflächigem Abriss zur Errichtung moderner Wohnviertel übergegangen werden²⁸³. In Kreuzberg bildete sich durch die Erklärung der IBA-GmbH zum treuhänderischen Sanierungsträger ein wirksames Modell der städtischen Opposition gegen die bisherige Stadterneuerung heraus²⁸⁴, dem in den Folgejahren eine verbesserte Betroffenenbeteiligung in anderen West-Berliner Bezirken folgte²⁸⁵.

6.1 Legalisierung der besetzten Häuser

Parallel zu den Debatten um die Zukunft der besetzten Häuser und den zwischen Besetzern und Senat abgeschlossenen Selbsthilfe- und Mietverträgen entwickelte die BI SO 36 im „Strategien“-Gebiet mit der Kirche und dem Verein SO 36 im Frühjahr 1982 eigene Konzepte. Ein als Genossenschaft konzipierter Kiezträger S.H.I.K. - Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg (SHIK) sollte die Eigentumsrechte an den Häusern übernehmen²⁸⁶.

Die Gründung der Netzbau-Stadtentwicklungs GmbH (Netzbau-GmbH) im Frühjahr 1982 ging auf die Initiative besetzter Häuser aus der Schöneberger Winterfeldtstraße zurück, die ihre Häuser ebenfalls über einen Träger absichern wollten. Bausenator Rastemborski zeigte sich gegenüber dem Projekt aufgeschlossen, die Netzbau-GmbH als neuen Sanierungsträger in Schöneberg und Kreuzberg anzuerkennen. Dort benötigte er einen Ersatz für den Sanierungsträger Samog, der sich aufgrund des mittlerweile zwei Jahre andauernden Konfliktes aus dem Sanierungsgebiet Kottbusser Tor zurückziehen wollte. Eine Lösung zeichnete sich am 21. Oktober 1982 ab, als Rastemborski verkündete, dass 24 besetzte Häuser, die sich im Besitz der Neuen Heimat befanden, per über die Netzbau-GmbH abgeschlossenen Erbpachtvertrag an die Bewohner übergeben werden sollten²⁸⁷. Die GmbH erhielt am gleichen Tag vom Bausenator eine

282VON WEIZSÄCKER, RICHARD: Richtlinien der Regierungspolitik, in: Plenarprotokolle des Abgeordnetenhauses von Berlin, 9. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 02.07.1981, Seite 115-124 (Im Folgenden: REGIERUNGSEKLÄRUNG WEIZSÄCKER, 1981), hier: Seite 117.

283Vgl. Nach 1985 wieder mehr Hausabrisse, in: Tagesspiegel, 10.12.1981, Seite 15.

284Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 203ff.

285Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 213.

286Vgl. SELBSTVERWALTETE HÄUSER IN KREUZBERG SHIK E.V. (HRSG.): Wir wollen niemals auseinandergeh'n..., Berlin 1983, Seite 19.

287Vgl. EICHSTÄDT-BOHLIG, FRANZISKA: Ein Baustein, in: STATTBAU STADTENTWICKLUNGS-GMBH (HRSG.): Stattbau informiert, Berlin 1984, Seite 42-57 (Im Folgenden: EICHSTÄDT-BOHLIG, 1984), Seite

Anschubfinanzierung, um die besetzten Häuser am Heinrichplatz und der Mantuffelstraße übernehmen und somit die Samog ablösen zu können²⁸⁸.

Am 1. November 1982 erlitten diese Bemühungen jedoch einen Rückschlag, als Lummer unter einem Vorwand die Räumungen zweier für die Verträge vorgesehenen Häuser in der Schöneberger Maaßenstraße anordnete. AL, Besetzer, Paten, Trägervereine, Kirche und SPD riefen erneut zu einer Großdemonstration mit ungefähr 10.000 Teilnehmern am 6. November auf. Hierbei stellten sie die Forderung nach Einberufung einer neuen Friedensrunde zur sachlichen Diskussion weiterer Schritte auf, die der Senat im Gegensatz zum September 1981 zurückwies²⁸⁹. Daraufhin verhärteten sich nicht nur bei den Besetzern, sondern auch bei den Alternativträgern erneut die Positionen: Die Netzbau-GmbH beschloss auf Wunsch der von ihr betreuten Besetzer bereits am 11. Dezember 1982 die Auflösung, jedoch kehrte binnen kurzer Zeit das Bedürfnis zurück, die besetzten Häuser und Lebensformen zu sichern. Im Februar 1983 entstand die Nachfolgegesellschaft Stattbau, die gemeinsam mit Angestellten des Bausenats einen Sanierungsvertrag ausarbeitete. Dessen Ratifizierung durch den Bause-nator kam über große Umwege zustande, da Innensenator Lummer im Sommer 1983 die Fortsetzung seiner Räumungspolitik betrieb. Von ihr war mit dem „Besetz-A-Eck“ in der Oranienstraße 198 eines der Häuser betroffen, welches in Verhandlungen mit Stattbau stand. Erschwerend kam der Rücktritt Rastemborskis Mitte August hinzu, dessen Nachfolger Klaus Franke jedoch die Politik seines Vorgängers fortsetzen wollte. Er unterschrieb den Vertrag am 5. September 1983 und ermöglichte damit die praktische Durchführung von Sanierungsmaßnahmen durch nun ehemalige Besetzer²⁹⁰.

Weitere Hindernisse ergaben sich im Mai 1983, als der Verband der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften die Eintragung von SHIK als Genossenschaft verhinderte. Sie gründete sich daraufhin als Verein neu und half fortan bei der Legalisierung der besetzten Häuser im „Strategien“-Gebiet²⁹¹.

Die Zersplitterung der Bewegung und das polizeiliche Aufgebot ermöglichten

44.

288Vgl. Don Quichotte lebt, in: Südost-Express 11/1982, Seite 16.

289Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 325f.

290Vgl. EICHSTÄDT-BOHLIG, 1984, Seite 45f.

291Vgl. FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 67.

dem Senat im Verlauf der Jahre 1983/84 weitere, parallel zu den Legalisierungsverhandlungen erfolgende Räumungen, denen die Szene nicht mehr mit Gewalt begegnete²⁹². Als letztes Haus in Kreuzberg betraf dies am 25. Oktober 1984 die Reichenberger Straße 63a²⁹³. Von insgesamt 165 besetzten Häusern in West-Berlin waren 78 legalisiert, 60 geräumt und 27 aufgegeben worden²⁹⁴. Die Vielfalt an Sanierungs- und Trägermodellen hatte die Stadterneuerung in Einzelfällen um eine staatlich geduldete Variante ergänzt. Sie kam insbesondere in Kreuzberg aufgrund dessen spezifischer sozialer Situation zum Tragen, da der Bezirk im Gegensatz zu Schöneberg nicht für eine „*tendenzielle Säuberung bestimmter Teilgebiete*“²⁹⁵ vorgesehen war. Kreuzberger Parteien, Kirchen, IBA und Bürgervereine übten bezüglich der Institutionalisierung des Widerstandes der Betroffenen zusätzlichen Druck auf den CDU-Senat aus.

6.2 Wohnungs- und sozialpolitische Effekte des Protestes in Kreuzberg

Neben den unter Einfluss des 22. September 1981 intensivierten Legalisierungsbemühungen für die besetzten Häuser setzte sich die Kreuzberger Koalition aus reformorientierter SPD und AL nachhaltig für eine Zusammenarbeit mit der IBA ein. Diese griff wiederum Forderungen und Ideen der Mieter- und Bürgerinitiativen sowie der Instandbesetzer auf und vermittelte diese an den Senat. Erstmals fanden zwischen Bezirk und Senat inhaltliche Auseinandersetzungen bzgl. der Stadterneuerung statt, die effektive Formen der Betroffenenbeteiligung mit erweiterten Mitspracherechten für die Kreuzberger Bevölkerung ermöglichte²⁹⁶. Dies zeigte sich insbesondere bei der vom Bausenator Rastemborski im Mai 1982 nach Rotterdamer Vorbild eingesetzten „Arbeitsgruppe Erneuerungskommission Kottbusser Tor“ (AEK). Sie entwickelte sich bei ihren regelmäßigen Tagungen zu einem Forum, in dem die Bewohner gemeinsam mit Architekten, Planern, Sozialarbeitern, Mieterberatern und Politikern die Planungen für Sanierungsmaßnahmen erarbeiteten. Eine neue Verteilung der Stimmengewichte, wonach die Betroffenenvertreter über eine Stimme Mehrheit

292Vgl. SUTTNER, 2011, Seite 179.

293Vgl. FREYER / THÖRNIG, 1990, Seite 71.

294Vgl. ebd., Seite 191.

295BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 62.

296Vgl. BODENSCHATZ / HEISE / KORFMACHER, 1983, Seite 60f.

gegenüber der Verwaltung verfügten, ermöglichte die Durchsetzung eigener Konzepte gegenüber Verwaltung, Parlament und ökonomischen Interessenträgern²⁹⁷. Geplant war die AEK als Ordnungsinstrument zur Wiederherstellung der Gewaltenteilung, die von Weizsäcker in seiner Regierungserklärung als verwischt kritisiert hatte²⁹⁸, der „Stadtteilausschuss“ stellte dessen Pendant im „Strategien“-Gebiet dar²⁹⁹.

In dieser institutionalisierten Auseinandersetzung zwischen Bezirk und Senat über die Formen der Stadterneuerung spiegelte sich jedoch deren räumliche Differenzierung und somit auch die verschiedenen Ausprägungen der Beteiligungsmodelle wider. In den Sanierungsgebieten anderer Bezirke wie Tiergarten und Wedding war die im StBauFG vorgeschriebene Betroffenenbeteiligung aufgrund der geringen personellen Ausstattung nicht gewährleistet³⁰⁰. In Schöneberg wurde sie wiederum mit der Propagierung der Sozialsanierung massiv bekämpft. Daher fanden die gemeinsam zwischen IBA-GmbH und Betroffenen entwickelten und am 17. März 1983 vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen zwölf Grundsätze zur behutsamen Stadterneuerung³⁰¹ zunächst in Kreuzberg ihre konsequente Anwendung³⁰². Dort reduzierte sich der einst kritisierte Abriss der Hinterhäuser und Seitenflügel massiv, wenige Vorderhäuser mussten Neubauten weichen und zwei Drittel der Mieter konnten ihre Wohnungen nach der Modernisierung behalten³⁰³. Im Jahre 1984, das zum Berichtsjahr der auf 1987 verschobenen IBA deklariert worden war, initiierte die BI SO 36 erneuten Protest gegen CDU-Senat und IBA-Mitarbeiter. Dessen Gründe lagen darin, dass entgegen vorheriger Zusagen bei sanierten Objekten Mieterhöhungen wirksam werden sollten und der Senat zugleich die Mittel für die Stadterneuerung kürzte³⁰⁴. Dennoch wurden ungeachtet dieser Schwierigkeiten durch die Zusammenarbeit des Bezirks mit der IBA neben der Erneuerung der Altbausubstanz infrastrukturelle Verbesserungen in die Wege geleitet, bspw. die Renovierung von Schulgebäuden oder die Einrichtung von Nachbarschaftstreffpunkten und Kindertagesstätten, eine davon im brach liegenden

297Vgl. KACZMARCZYK, ARMANDO: „Erneuerungskommission Kottbusser Tor“. Ein Paradoxon konservativer Ordnungspolitik?, in: ARCH+ 66, Dezember 1982, Seite 51-53, hier: Seite 51.

298Vgl. REGIERUNGSEKTLÄRUNG WEIZÄCKER, 1981, Seite 116.

299Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 209.

300Vgl. BODENSCHATZ, 1987, Seite 205f.

301Dokumentiert in Anhang D.

302Vgl. Bodenschatz, 1984, Seite 69.

303Vgl. IBA aus Kreuzberger Sicht, in: Südost-Express, 9/1984, Seite 11.

304Vgl. Verdammt lang her, in: Südost-Express, 10/1984, Seite 10f.

Parkhaus des NKZ³⁰⁵.

Die behutsame Stadterneuerung konnte die sozialen Probleme Kreuzbergs aufgrund des anhaltenden Arbeitsplatzabbaus in West-Berlin bestenfalls kaschieren, jedoch nicht beseitigen, so dass der Bezirk im Ausstellungsjahr der IBA die Armutsstatistik der Stadt anführte. In dieser für die dortige Bevölkerung zunehmend prekär erscheinenden Situation entluden sich die gewalttätigen Ausbrüche des 1. Mai 1987, deren Ursachen nicht mehr im wohnungspolitischen Bereich lagen³⁰⁶.

Auch nach der Wiedervereinigung 1990 änderte sich wenig an der sozialen Lage Kreuzbergs: Die Erwerbslosigkeit verstärkte sich, außerdem zwangen steigende Gewerbemieten Geschäfte sowie Künstler und Wohngemeinschaften in Fabriketagen zum Umzug. Studenten und Besetzer fanden in den nicht sanierten Wohngebieten der Bezirke Ost-Berlins wie Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain neue Möglichkeiten, ihre Wohn- und Lebensvorstellungen zu verwirklichen. In Kreuzberg stellten zahlreiche Mieterläden und Stadtteilinitiativen im Laufe der 1990er-Jahre ihre Tätigkeiten ein, da die Mittel für die Stadterneuerung für die Instandsetzung der Altbauten im Ostteil der Stadt benötigt wurden – dies betraf auch den Verein SO 36 im Jahre 1998³⁰⁷. Die sich daraufhin verschärfenden Folgen der Marginalisierung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sollte das 1999 vom Senat eingeführte Quartiersmanagement mildern. Eine weitere Zäsur stellte die Vereinigung Kreuzbergs mit Friedrichshain im Jahre 2001 und somit der Verlust dessen eigenständiger Existenz dar, dem die Bevölkerung beider Bezirke zunächst mit gegenseitigen Ressentiments begegneten. Kontrovers diskutierte Projekte wie Mediaspree führten jedoch zur Fusion eines weiterhin vorhandenen Protestpotentials³⁰⁸.

305Vgl. DÜSPOHL, 2009, Seite 144.

306Vgl. DÜSPOHL, 2009, Seite 145f.

307Vgl. KOPIETZ, ANDREAS: Bürger-Verein SO 36 stellt seine Arbeit ein, in: Berliner Zeitung, 07.10.1998, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1998/1007/lokales/0126/index.html>, abgerufen am 25.06.2011.

308Vgl. DÜSPOHL, 2009, Seite 149ff.

7 Fazit

Ein von Jugendlichen geprägtes Protestpotential existierte in Kreuzberg bereits zu Beginn der 1970er-Jahre. Dessen Entstehung ist auf den durch die Stadterneuerungspolitik geförderten Verfall zurückzuführen, jedoch ließ der Bezirk eine frühe Bereitschaft gegenüber progressiven Lösungen erkennen.

Auf die junge, studentische Bevölkerung Kreuzbergs sowie die dortigen Gewerbetreibenden geht die Entstehung einer konkreten Kritik an den Formen der Sanierungspolitik zurück. Diese führte zum Engagement in der defensiven Stadtteilarbeit in Mieter- und Bürgerinitiativen sowie der Entstehung einer kritischen Stadtteilöffentlichkeit mit eigenen Medien wie dem „Südost-Express“. Die Instandbesetzungen drückten als Mittel der Selbsthilfe ein neues politisches Selbstverständnis der Initiativen aus. Im Zuge der Ausweitung auf neue Trägerschaften und Aspekte abseits der Wohnungspolitik mündete dies in der Emanzipation der Besetzer als eigenständige politische Gruppierung. Es entstand eine Eigendynamik des Protestes, dessen politische Brisanz vom SPD-Senat falsch eingeschätzt wurde. Er klassifizierte die Besetzungen als lediglich lokales Phänomen und ließ wesentliche Elemente der Sanierungspolitik unberührt.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen vom 12. Dezember 1980 hatten sich durch vorherige Konflikte mit der Polizei angedeutet. Nach dem Ausbruch der Gewalt fand der nicht mehr ausschließlich auf wohnungspolitische Aspekte beschränkte Konflikt breites Interesse, auch in überregionalen Medien. In der Berichterstattung der West-Berliner Tageszeitungen fand eine dauerhafte Polarisierung statt: Die konservative Presse behandelte Hausbesetzungen lediglich unter dem Aspekt der Krawalle, um die Besetzer von der Bevölkerung zu isolieren. Linksalternative Medien wie die „Tageszeitung“, Stadtteilzeitschriften wie der „Südost-Express“ oder die Besetzer selbst bemühten sich in Flugblättern um die Darstellung der Motive hinter den Besetzungen und der Brutalität der Polizeieinsätze. Das Verhalten der Polizei sowie die Kriminalisierung der Besetzer durch Inhaftierungen riefen ein über die Bevölkerung Kreuzbergs hinausgehendes Verständnis für deren Anliegen hervor.

Innerhalb weniger Wochen verlagerte sich die Trägerschaft des Protestes gegen Stadterneuerung auf die Gruppierung der Hausbesetzer. Sie entwi-

ckelte in dem Bewusstsein, mit Steinen das mediale Interesse auf die Verfehlungen der Sanierungspolitik gelenkt und zum Rücktritt des Senats Anfang 1981 beigetragen zu haben, ein Gefühl von Macht. Dazu trug ebenfalls das Wachstum der Bewegung durch die zunehmenden Neubesetzungen außerhalb Kreuzbergs bei. Die Konsequenz bestand aus der Absage an jegliche Verhandlungsangebote des Senats aufgrund der Kriminalisierung. Sie gipfelte schließlich in radikalen Forderungen nach der Errichtung selbstverwalteter Strukturen abseits des Parlamentarismus.

Diese Tendenzen und begangenen Fehler erkannte der SPD-Interims-Senat. Er wollte den Versuch unternehmen, mit der „Berliner Linie“ eine politisch differenzierte Lösung des Konflikts herbeizuführen und den Leerstand mit einem Sofortprogramm beseitigen. Er stieß damit vielerorts auf Widerstände: Bei Kreuzberger Bürgerinitiativen, die das Sofortprogramm als unzureichend bezeichneten und sich gegen die Kriminalisierung der Bewegung aussprachen. Bei der CDU-Opposition und der Staatsanwaltschaft, die für ein rigoroses Vorgehen gegen die rechtsfreien Räume plädierten. Und schließlich bei den Besetzern, die sich aufgrund der vergeblichen Forderung nach Freilassung der Inhaftierten nicht zu Verhandlungen bereit erklärten, woraus jedoch der Minimalkonsens der Bewegung bestand. Sie büßte bei ihrem Wachstum im ersten Halbjahr 1981 an vorhandenem gesellschaftlichen Mobilisierungspotential ein, da sie über die Gefangenenfrage die wohnungspolitischen Inhalte vernachlässigte. Dies trug neben weiteren Räumungen und Polizeieinsätzen und den bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen zur Wiederaufnahme der Legalisierungsdiskussionen im Rahmen der geforderten Gesamtlösung für besetzte Häuser bei.

Aufgrund der Wahlen hatten sich die Voraussetzungen für Legalisierungsverhandlungen bereits vor den Ereignissen des 22. September 1981 grundlegend geändert. Innerhalb der CDU verlief ein Zwiespalt zwischen Innensenator Lummer, der die Besetzungen durch Räumungen beseitigen wollte, und Bausenator Rastemborski, der einzelnen Häusern Nutzungsverträge in Aussicht stellte. Im Senat bestand jedoch ein Konsens darüber, eine Gesamtlösung abzulehnen. Die Gesprächsbereitschaft beschränkte sich auf die Unterstützung von Verhandlungen zwischen Hauseigentümern und Besetzern.

Nach den Ereignissen des 22. September 1981 erwies sich das durch

die Wahlen in Kreuzberg entstandene reformorientierte Bündnis als bedeutsamer. Es bestand aus der SPD sowie der AL, die von Mitgliedern diverser Mieter- und Bürgerinitiativen geprägt und mit der Besetzerbewegung verbunden war.

Mit dem Sonderausschuss der BVV-Kreuzberg zum Wohnungskonflikt trug dieses Bündnis maßgeblich zur politischen Lösung des Häuserkampfes bei. Basierend auf der Initiative Kreuzberger Besetzerräte zur Sicherung und Selbstverwaltung der Häuser strebte der Ausschuss als erstes politisches Gremium einen direkten Dialog mit Besetzern an und schuf hierzu mit dem Räumungsmoratorium die Voraussetzungen. Die Szene definierte ihrerseits die einst geforderte Gesamtlösung für alle Häuser als eine Summe von Einzellösungen neu und förderte somit eine konkrete Diskussion um alternative Träger- und Selbsthilfemodelle. Deren Integration in die wohnungs- und sanierungspolitischen Entscheidungen Kreuzbergs überließen die Besetzer den aus Mieterinitiativen hervorgegangenen Trägern und Genossenschaften, die zwischen Eigentümern und Senat vermittelten.

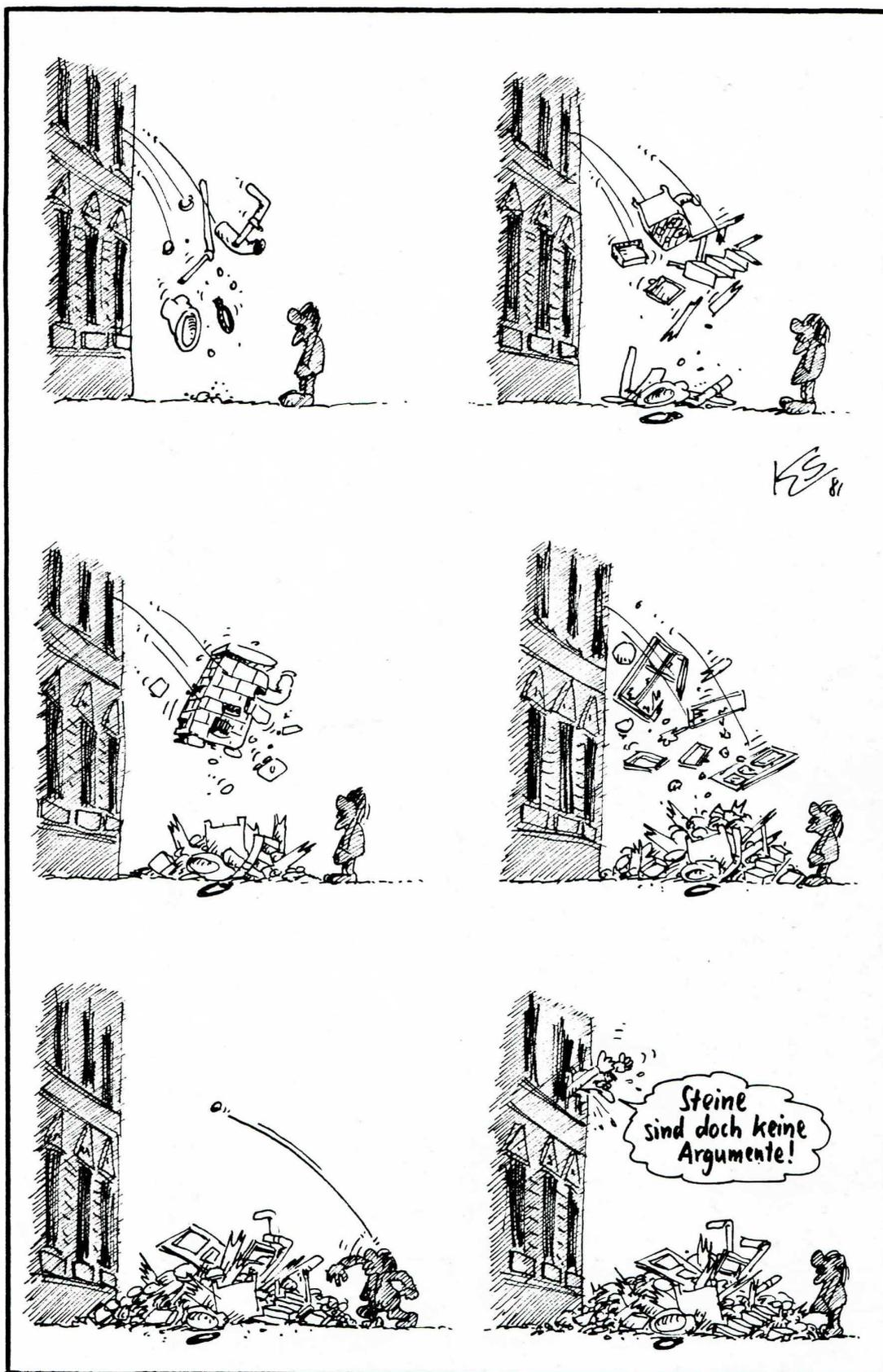
Zum anderen forcierte die reformorientierte Kreuzberger Allianz zwischen SPD und AL gemeinsam mit Bürgervereinen und Kirche die Zusammenarbeit mit der vom Senat eingesetzten IBA. Dies hatte die *„Durchsetzung und Sicherung der behutsamen, bewohnerorientierten, sozialverträglichen und ökologischen Stadterneuerung“*³⁰⁹ und somit eine direkte Beteiligung der Bürger an sanierungspolitischen Entscheidungen zur Folge. In Gremien wie der AEK oder dem Stadtteilausschuss fanden erstmalig inhaltliche Auseinandersetzungen um Fragen der Stadterneuerung zwischen Bezirk und Senat statt. Kreuzberg nahm damit innerhalb West-Berlins eine Sonderstellung ein. Eine vergleichbare Betroffenenbeteiligung war in anderen Bezirken entweder nicht präsent oder wurde im Falle Schönebergs rigoros eingeschränkt. Die durch Argumente ersetzten Steine förderten demnach zuerst in Kreuzberg eine Sensibilität gegenüber gewachsenen Stadtstrukturen und alternativen Wohn- und Lebensformen. Dahingegen legte das langjährige Engagement der überwiegend jungen Bevölkerung den Grundstein für weitere kritische Auseinandersetzungen mit Planungsprozessen und begünstigte vor allem die Entstehung einer Subkultur, die sich nach dem Mauerfall in neuen Freiräumen entfalten konnte.

309ORLOWSKY, WERNER: Kreuzberger Enigma, in: TAZ, 01.12.1995, Seite 24.

Abkürzungsverzeichnis

1. SP	Erstes Stadterneuerungsprogramm
AEK	Arbeitsgruppe Erneuerungskommission Kottbusser Tor
AL	Alternative Liste
BeWoGe	Berliner Wohn- und Geschäftshaus GmbH
BI SO 36	Bürgerinitiative SO 36
BVV-Kreuzberg	Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg
CDU	Christlich Demokratische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
Gesobau	Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Gewobag	Gemeinnützige Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Groß-Berlin
IBA	Internationale Bauausstellung
IBA-GmbH	Stadterneuerungsbereich der Bauausstellung Berlin GmbH
ISR	Institut für Stadt- und Regionalplanung
Jusos	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
KuKuCK	Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg
NKZ	Neues Kreuzberger Zentrum
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr
SFB	Sender Freies Berlin
SHIK	Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPI	Sozialpädagogisches Institut der Berliner Arbeiterwohlfahrt
StBauFG	Städtebauförderungsgesetz
TU	Technische Universität Berlin
WAP	Wertausgleichsprogramm
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZIP	Zukunftsinvestitionsprogramm

Anhang A: Klaus Stuttmann: „Steine sind doch keine Argumente!“*



* Abgedruckt in: KROLOW, WOLFGANG / ZAHL, PETER-PAUL: Instandbesetzer Bilderbuch, Berlin 1981, Seite 98. Verwendung mit freundlicher Genehmigung durch Klaus Stuttmann.

Anhang B: Wahlergebnisse West-Berlins und Kreuzbergs 1971-1981

a) West-Berlin gesamt (Stimmen in Prozent)

Partei	SPD	CDU	FDP	AL	SEW	Sonstige
Wahljahr						
1971*	50,4	38,2	8,4	-	2,3	0,7
1975**	42,6	43,9	7,1	-	1,8	4,6
1979***	42,7	44,4	8,1	3,7	1,1	0,1
1981****	38,3	48,0	5,6	7,2	0,6	0,3

b) Ergebnisse für Kreuzberg (Stimmen in Prozent)

Partei	SPD	CDU	FDP	AL	SEW	Sonstige
Wahljahr						
1971*	57,6	32,8	5,9	-	3,1	0,6
1975**	46,9	38,6	5,5	-	3,0	6,0
1979***	46,6	38,0	6,2	6,9	1,2	1,1
1981****	38,9	40,3	4,5	14,8	1,2	0,3

c) Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg (Stimmen in Prozent)

Partei	SPD	CDU	FDP	AL	SEW	Sonstige
Wahljahr						
1979*****	46,8	37,7	5,6	7,6	2,1	0,2
1981*****	38,3	40,1	3,8	16,0	1,3	0,5

* <http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/71agh2p.htm>, abgerufen am 03.06.2011.

** <http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/75agh2p.htm>, abgerufen am 03.06.2011.

*** <http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/79agh2p.htm>, abgerufen am 03.06.2011.

**** <http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/81agh2p.htm>, abgerufen am 03.06.2011.

***** <http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/79bvvp.htm>, abgerufen am 03.06.2011.

***** <http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/81bvvp.htm>, abgerufen am 03.06.2011.

Anhang C: Plakattext zur Einrichtung des Sonderausschusses der BVV-Kreuzberg*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Hausbesetzungen haben auch in Kreuzberg auf Fehlentwicklungen bei der Stadtsanierung aufmerksam gemacht. Der Leerstand von dringend benötigten Wohnungen muss beseitigt werden. In der Stadterneuerung und Modernisierung müssen stärker als bisher die Interessen der Kreuzberger Mieter berücksichtigt werden.

Mit polizeilichen Räumungen ist nichts gewonnen. Alle Kreuzberger Bürger haben Anspruch darauf, dass die Politiker *politische* Lösungen finden.

- Um die Zuspitzung der Konfrontation zu verhindern,
- Damit der Konflikt um die besetzten Häuser in Kreuzberg ohne Gewalt beigelegt werden kann,
- Weil positive Signale aus dem Kreuzberger Besetzerrat erkennbar sind und dort Konzepte zur Verwaltung und Winterfestmachung entwickelt werden,

hat die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg auf einer Sondersitzung folgendes Verfahren beschlossen:

- Eigentümer sollen zunächst für die Dauer des Verfahrens die Besetzungen dulden,
- Zusammen mit allen Beteiligten sollen für die Verwaltung der besetzten Häuser Lösungen gefunden werden,
- Zusammen mit den Besetzern, Paten, Mieterräten, Blockräten und Eigentümern sollen für alle Häuser einvernehmliche Lösungen gefunden werden.
- Alle Lösungsvorschläge für die Erneuerung der Quartiere mit besetzten Häusern sollen mit der Kreuzberger Bevölkerung erörtert werden.
- Alle im Zusammenhang mit Hausbesetzungen gestellten Strafanträge sollen zurückgenommen werden.
- Der Senat soll auf Räumungen verzichten.

In Kreuzberg soll nicht nur geredet werden.

* Zitiert nach: BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG KREUZBERG: Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung, Drs. IX/111, Berlin 1982, in: BVV-KREUZBERG, 1982, Anlage 3.

Die Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung will keine Sonderregelung für besetzte Häuser, sondern ein Gesamtkonzept für leerstehende und besetzte Gebäude im Rahmen einer Wohnungsbau- und Erneuerungspolitik für alle Bürger; und dass geltendem Recht entsprochen wird.

Hierfür hat die Bezirksverordnetenversammlung einen Sonderausschuss gebildet.

Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung bitten alle Kreuzberger, dieses Verfahren zu unterstützen.

Helfen Sie mit bei der Suche nach friedlichen Lösungen!

Schreiben Sie Ihre Vorschläge und Anmerkungen an den Sonderausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg (Anschrift: Sonderausschuss der Bezirksverordnetenversammlung, Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, 1000 Berlin 61).

Günter Funk
Bezirksbürgermeister

Norbert Michalski
Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung

Anhang D: Die zwölf Grundsätze der behutsamen Stadterneuerung*

1. Die Erneuerung muss mit den jetzigen Bewohnern und Gewerbetreibenden geplant und – substanzerhaltend – realisiert werden.
2. Planer sollen mit Bewohnern und Gewerbetreibenden in den Zielen der Erneuerungsmaßnahmen übereinstimmen, technische und soziale Planungen Hand in Hand gehen.
3. Die Eigenart Kreuzbergs soll erhalten, Vertrauen und Zuversicht in den gefährdeten Stadtteil müssen wieder geweckt werden. Substanzbedrohende Schäden an Häusern sind sofort zu beseitigen.
4. Behutsame Änderung von Grundrissen soll auch neue Wohnformen möglich machen.
5. Die Erneuerung von Wohnungen und Häusern soll stufenweise geschehen und allmählich ergänzt werden.
6. Die bauliche Situation soll durch wenige Abrisse, Begrünung im Blockinneren, Gestaltung von Fassaden verbessert werden.
7. Öffentliche Einrichtungen sowie Straßen, Plätze und Grünbereiche müssen bedarfsgerecht erneuert und ergänzt werden.
8. Beteiligungsrechte und materielle Rechte der Betroffenen bei der Sozialplanung müssen geregelt werden.
9. Entscheidungen für die Stadterneuerung müssen offen gefunden und möglichst am Ort diskutiert werden. Die Betroffenenvertretung ist zu stärken.
10. Stadterneuerung, die Vertrauen erzeugt, braucht feste Finanzausgaben. Das Geld muss schnell und auf den Fall bezogen ausgegeben werden können.
11. Es sind neue Formen der Trägerschaft zu entwickeln. Treuhänderische Sanierungsträgeraufgaben (Dienstleistungen) und Baumaßnahmen sollen getrennt werden.
12. Die Stadterneuerung nach diesem Konzept muss über die Zeit der IBA hinaus gesichert sein.

* Zitiert nach: HÄMER, HARDT-WALTHERR: Behutsame Stadterneuerung, in: SENBAUWOHN, 1990, Seite 56-72, hier: Seite 64f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

- Der Abend, Jahrgänge 1980-81.
- ALTERNATIVE LISTE BERLIN (HRSG.): Stachel. Zeitung für Demokratie und Umweltschutz, Berlin, Jahrgang 1981.
- ALTERNATIVE LISTE KREUZBERG (HRSG.): Igel Info, Berlin, Jahrgang 1981.
- ALTERNATIVE LISTE KREUZBERG (HRSG.): Kreuzberger Stachel, Berlin, Jahrgang 1982.
- ARCH+ VEREIN ZUR ERFORSCHUNG DES VERHÄLTNISSES VON GEBAUTER UMWELT UND GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG (HRSG.): ARCH+, Aachen, Jahrgänge 1981-82.
- Berliner Morgenpost, Jahrgänge 1979-82.
- Berliner Zeitung, Jahrgang 1998.
- BESETZERRAT K36: Häuserkampf Berlin, Berlin 1980.
- BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG KREUZBERG: Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung, Drs. IX/278, Berlin 1982.
- Bild-Berlin, Jahrgang 1981.
- BÜRGERINITIATIVE SO 36 (HRSG.): Südost-Express, Berlin, Jahrgänge 1978-1984.
- Frankfurter Rundschau, Jahrgang 1981.
- HIRSCH, THOMAS (V.I.S.D.P.): Instand-Besetzer-Post, Berlin, Jahrgang 1981.
- DIE NEUE ZEITUNGS- UND VERLAGS-GMBH & CO. BETRIEBS KG (HRSG.): Die Neue, Berlin, Jahrgang 1981.
- Plenarprotokolle des Abgeordnetenhauses von Berlin, Wahlperiode 8.1979/81-9.1981/85.
- PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DES LANDES BERLIN (HRSG.): Bericht der Kommission zur Überwindung von Fehlentwicklungen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik und zur Sicherung des Gemeinschaftsfriedens über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 27. Januar 1981 bis zum 10. Juni 1981, Berlin 1981.
- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: Stadterneuerung in Berlin. Erster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Berlin 1964.
- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: Stadterneuerung in Berlin. Zehnter Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Berlin 1973.
- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: 13. Bericht über Stadterneuerung, 1.1.1975-31.12.1977, Berlin 1978.

- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: 14. Bericht über Stadterneuerung, 1.1.1978-31.12.1979, Berlin 1980.
- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: 15. Bericht über Stadterneuerung, 1.1.1980-31.12.1981, Berlin 1982.
- Spandauer Volksblatt, Jahrgänge 1980-81.
- Süddeutsche Zeitung, Jahrgang 1980.
- Der Tagesspiegel, Jahrgänge 1979-82.
- Die Tageszeitung, Ausgabe (West-)Berlin, Jahrgänge 1980-82, 1995.
- TIP-VERLAG (HRSG.): Tip Berlin, Jahrgang 1980.
- Volksblatt Berlin, Jahrgang 1981.
- Die Welt, Jahrgang 1980.

Unpublizierte Quellen

- Papiertiger Archiv, Berlin
Best. Häuserkampf West-Berlin, 03/1980-04/1982

Literatur

- ARBEITSGRUPPE STADTERNEUERUNG (HRSG.): Stadterneuerung in Berlin-West. Perspektiven einer Bestandsentwicklungspolitik, Berlin 1989.
- AUST, STEFAN / ROSENBLADT, SABINE (HRSG.): Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen, Hamburg 1981.
- BODENSCHATZ, HARALD: Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskasernenstadt der Welt“ seit 1871, Berlin 1987.
- BODENSCHATZ, HARALD / HEISE, VOLKER / KORFMACHER, JOCHEN: Schluss mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin, Amsterdam und London, Gießen 1983.
- BREUL, RENATE / PHILIPS, MARTIN / WAHRIG, STEFAN: Selbsthilfe-Kollektive, Institut für Wohnungsbau und Stadtplanung <Berlin-West>: IWOS-Bericht zur Stadtforschung, Bd. 6, Berlin 1980.
- DIESER, HARTWIG: Die behutsame Stadterneuerung zwischen Kapitalverwertung und Mieterinteressen. Eine Untersuchung unter der besonderen Berücksichtigung des Interessenstandpunktes der Mieter, durchgeführt in Berlin-West, Frankfurt / Main 1983.
- DÜSPOHL, MARTIN: Kleine Kreuzberggeschichte, Berlin 2009.
- ENGEL, HELMUT / JERSCH-WENZEL, STEFI / TREUE, WILHELM: Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994.

- ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS MEHRINGHOF (HRSG.): Abgeräumt? 8 Häuser geräumt, Klaus-Jürgen Rattay tot, Berlin 1981.
- ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS MEHRINGHOF (HRSG.): Dokumentation Dezember Berlin 1980, Berlin 1981.
- FREYER, RENATE / THÖRNIG, RAIMUND (RED.): ... außer man tut es! Kreuzberg, abgeschrieben, aufgestanden, Berlin 1990.
- GRAFF, RAINER: Instandsetzung! Die Geschichte einer Forderung im Bezirk Berlin-Kreuzberg 36, Berlin 1980.
- GROTTIAN, PETER / NELLES, WINFRIED (HRSG.): Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel 1983.
- GRUNDMANN, GUDRUN (HRSG.): Sachschaden. Häuser und andere Kämpfe, Frankfurt / Main, 1981.
- HABERBUSCH, KUNO: „Berliner Linie“ gegen Hausbesetzer. Die „Vernunft“ schlägt immer wieder zu, Berlin 1981.
- HERRMANN, KLAUS / GLÖDE, HARALD: Aufstieg und Niedergang der Hausbesetzerbewegung in Berlin, Diplomarbeit, Berlin 1985.
- JUGENDZENTRUM KREUZBERG E.V. (HRSG.): Georg-von-Rauch-Haus. Kämpfen, Lernen, Leben, Berlin 1972.
- KROLOW, WOLFGANG / ZAHL, PETER-PAUL: Instandbesetzer Bilderbuch, Berlin 1981.
- LAURISCH, BERND: Kein Abriss unter dieser Nummer. Zwei Jahre Instandbesetzung in der Cuvrystraße in Berlin-Kreuzberg, Gießen 1981.
- PIRKER, THEO (HRSG.): Stadtplanung, Sanierung und Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Kreuzberg, Berlin 1977.
- SCHNEIDER, JENS (HRSG.): Jugend in Kreuzberg. Aufwachsen in einem bedrohten Stadtteil, Berlin 1984.
- SELBSTVERWALTETE HÄUSER IN KREUZBERG SHIK E.V. (HRSG.): Wir wollen niemals auseinandergeh'n..., Berlin 1983.
- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN (HRSG.): Idee, Prozess, Ergebnis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Berlin 1984.
- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN: Strategien für Kreuzberg. I: Verfahren und Projektergebnisse (Stand: 1. September 1979), Berlin 1979.
- SENATSVERWALTUNG FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN (HRSG.): Stadterneuerung. Erfahrungen, Beispiele, Perspektiven, Berlin 1990.

- SONNEWALD, BERND / RAABE-ZIMMERMANN, JÜRGEN: Die „Berliner Linie“ und die Hausbesetzer-Szene, Berlin 1983.
- STATTBAU STADTENTWICKLUNGS-GMBH (HRSG.): Stattbau informiert, Berlin 1984.
- SUTTNER, ANDREAS: „Beton brennt“. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er, Wien / Berlin / Münster, 2011.
- VON TIEDEMANN, VÖLKER (BEARB.): Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung. Beispiel: Strategien für Kreuzberg, Bonn 1980.
- WARTENBERG, JOHANN-CHRISTOPH: Kreuzberg K36. Leben in (der) Bewegung, Berlin 2003.

Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Master-Arbeit in allen Teilen selbständig angefertigt und keine anderen Quellen und Hilfsmittel (einschließlich elektronischer Medien und Online-Quellen) verwendet habe. Alle wörtlich oder sinngemäß übernommenen Textstellen sind als solche gekennzeichnet.

Zudem versichere ich, dass diese Arbeit keiner weiteren Stelle zur Prüfung vorgelegt wurde.

Ort, Datum

Unterschrift